

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die nebengefaltene Kolonelle resp. deren Raum 1.— Mark.

Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraph-Adresse: Aitverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuscripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wilmershauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Ich hoffe.

Ich bin ein alter Invalid', Vom langen Schuffen steif und matt, Und doch noch nicht des Lebens müd' Und doch noch nicht des Lebens matt. — Warum? — Ich hoff' und harre noch, Denn besser, besser wird es doch. —

Ja, besser, wenn auch nicht für mich, Dem keine Rosen fürder blüh'n, Doch für die Jungen sicherlich, Wenn sie nur fechten stark und kühn Im Klassenkampf, im heil'gen Krieg — Ich hoffe auf der Freiheit Sieg. —

S. N.

Sinken der Bergarbeiterlöhne!

Wir haben schon in letzter Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ zahlenmäßig den Nachweis geführt, daß es mit den Löhnen im Ruhrbergbau fortgesetzt bergab geht. Damit steht trotz aller bisherigen Schönredereien der Werkspresse fest, daß es die Arbeiter sind, die in erster Linie die Folgen der Krise zu tragen haben. Krisis? Wer die Produktionsstatistik als Maßstab für die wirtschaftliche Konjunktur im Kohlenbergbau ansehen wollte, der kann sehr leicht in Zweifel geraten, ob die Kohlenindustrie überhaupt bisher von der wirtschaftlichen Krisis betroffen worden ist. Die Herstellung von Kohle zeigt da nur eine sinkende Tendenz, die Kohlenförderung selbst aber ist in allen Revieren entweder noch gestiegen oder sie hält sich auf einer Höhe, die angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Depression, wie sie sich vornehmlich im Eisen- und Textilgewerbe zeigt, geradezu erstaunlich ist. Die straffe Organisation der Grubenbesitzer hat es auch erwirkt, daß nicht einmal die Kohlenpreise herabgesetzt zu werden brauchten, sicherlich nicht zum Nutzen der so darniederliegenden einheimischen Industrie. Ja, wir erleben, daß — wir führen die gängbarsten Sorten an — für die verschiedenen Kohlenforten innerhalb Jahresfrist die Kohlenpreise noch in die Höhe getrieben wurden und zwar kosteten pro Tonne in Mark:

	Juli 1908	Juli 1907	Steigerung in Prozenten
Niederschlesische Gas- und Stückkohle	14,00	16,80	+ 18,1
Oberschlesische Gas- und Stückkohle	14,20	12,00	+ 18,3
Ausfuhrkohle Dortmund	12,75	12,50	+ 2,0
Ruddekohle Dortmund	11,00	10,80	+ 1,8
Flemtkohle Saarbrücken	13,40	12,80	+ 4,7
Flemtkohle Saarbrücken	12,75	12,20	+ 2,0

Nach einer Meldung hat die Königl. Bergwerksdirektion in Zabrze (Oberschlesien) die Preise für Rußkohle, Stückkohle und Würfelkohle um weitere 50 Pfg. erhöht. Während in anderen bergbaureichenden Staaten z. B. in England die Kohlenpreise infolge der wirtschaftlichen Depression um zehn Prozent und noch mehr gefallen sind, halten sich bei uns die Kohlenpreise. Die Werkskapitalisten verstehen ihr Geschäft. Den inländischen Konsumenten werden Preise abverlangt, die die Erhaltungsfähigkeit vieler Betriebe in Frage stellen, dafür wirft man Willkür Tonnen Kohlen zu Scheuderpreisen nach dem Auslande ab. Die Ausfuhr ist im fortgesetzten Steigen begriffen, während die Einfuhr von Kohlen sinkt. Das ist der Boden auf dem die Syndikatspolitik ihre Organe feiert.

Wir können dem Argument der Werksbesitzer keinen Geschmack abgeminnen, daß diese Art von Syndikatspolitik „nur“ den Bergleuten zugute kommen soll. So wenigstens äußern sich die Werksorgane. Was die Grubenbesitzer für die Bergarbeiter übrig haben, zeigen die schwarzen Listen.

Für die Bergarbeiter ist es ein Glück, daß die Kohlenindustrie in der Hochkonjunktur fortgesetzt an Arbeitermangel laborierte. Gewiß wäre den Werksbesitzern noch reichlicher Gewinnzugen zugeslossen, aber wir hätten jetzt längst eine bedeutende Arbeitslosigkeit auch im Ruhrbergbau, falls ihnen die f. B. fortgesetzt verlangten zehntausende von Bergleuten mehr zur Verfügung gestanden hätten. Wäre dieser Arbeitermangel läßt auch weitere Rückschlüsse auf die jetzige allgemeine Lage im Kohlenbergbau zu.

Was die Löhne im Ruhrbecken anbelangen, so haben wir schon festgestellt, daß sie im Durchschnitt im vierten Quartal 1907 4,99 Mk., im ersten Quartal 1908 4,87 Mk. und im zweiten Quartal 1908 nur noch 4,82 Mk. betragen. Die Lohnsenkung zeigt sich im Ruhrbergbau bei allen Bergleuten nicht gleichmäßig. Vornehmlich sind es die Hauer, die Haare lassen mußten, wie folgende Zahlen über den Durchschnittslohn der Ruhrbergleute zeigen. Es verdienten:

im	Eigentliche Bergarbeiter Hauer (50 Proz.)	Sonstige Bergarbeiter, unterirdische Arbeiter (28 Proz.)	Arbeiter über Tage (19 Proz.)	Jugendliche Arbeiter (8 Proz.)
4. Viertel 1907	6,14 Mk.	4,15 Mk.	3,96 Mk.	1,40 Mk.
1. Viertel 1908	5,94 Mk.	4,09 Mk.	3,89 Mk.	1,40 Mk.
2. Viertel 1908	5,85 Mk.	4,09 Mk.	3,93 Mk.	1,38 Mk.

Der Hauerlohn ist also durchschnittlich um 29 Pfg. gefallen pro Schicht. Und das innerhalb der kurzen Zeit.

Wie sich die Durchschnittslöhne sämtlicher Bergarbeiter in den preussischen Bergrevieren seit dem vierten Quartal 1907 entwickelt haben, dafür bietet folgende Lohntabelle ein übersichtliches Bild. Es betragen die Durchschnittslöhne:

	IV. Quartal 1907	I. Quartal 1908	II. Quartal 1908
a) im Steinkohlenbergbau:	Mk.	Mk.	Mk.
in Oberschlesien	3,55	3,58	3,52
in Niederschlesien	3,30	3,28	3,28
im Oberbergamtsbezirk Dortmund:			
a) Nördliche Reviere	5,03	4,01	4,88
b) Südliche Reviere	4,80	4,73	4,83
Summe O. B. U. Dortmund (a, b und Revier Hamm)	4,90	4,87	4,82
bei Saarbrücken	4,07	4,07	4,02
bei Aachen	4,69	4,61	4,55
b) im Braunkohlenbergbau:			
im Oberbergamtsbezirk Halle	3,70	3,55	3,60
linksrheinischer	3,99	3,95	4,02
c) Salzbergbau:			
im Oberbergamtsbezirk Halle	3,98	3,95	3,80
im Oberbergamtsbezirk Clausthal	4,11	4,07	4,01
d) Erzbergbau:			
in Mansfeld (Kupferschiefer)	3,52	3,38	3,28
in Oberharz	2,92	2,94	2,91
in Siegen	4,87	4,10	3,91
in Nassau und Wehlar	3,51	3,38	3,19
sonstiger rechtsrheinischer	3,67	3,42	3,32
linksrheinischer	2,95	2,96	2,98

Seit dem vierten Quartal sind die Löhne nur in zwei Revieren gestiegen, im linksrheinischen Braunkohlenrevier um 3 Pfg. und ebenso im linksrheinischen Erzrevier um 3 Pfg. Sonst zeigen sich in allen andern Revieren mehr oder weniger starke Lohnreduktionen. In Niederschlesien beträgt der Lohnrückgang 11 Pfg., in den nördlichen Revieren des Oberbergamtsbezirk Dortmund 15 Pfg. und in den südlichen Revieren gar 26 Pfg. Im Aachener Bezirk sind die Löhne um 14 Pfg. gefallen, im Mansfelder Kupferschieferbergbau um 20 Pfg., in Siegen um 48 Pfg., in Nassau und Wehlar um 32 Pfg. und im rechtsrheinischen Erzbergbau um 35 Pfg. Am härtesten sind, wie wir sehen, die Erzbergleute betroffen worden. Soweit sie nicht so schon die reinsten Hungerlöhne verdienen, hat die in der Eisenindustrie vorherrschende Krisis sie dazu verholten. Kein Wunder, daß aus Siegen-Nassau annähernd 1000 Erzbergleute nach dem Minettegebiet abgewandert sind, jedenfalls unter Mithilfe des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, der im Jahre 1907 infolge der verkrachten Streiks im Minettegebiet die gemäßigten Minettearbeiter massenhaft zur Abwanderung aus Lothringen animierte und der jetzt durch die Siegen-Nassauer Bergarbeiter sich wieder im Minettegebiet einen Stamm Mitglieder zu sichern sucht. Mit diesem Bestreben hängt ein den Abwanderern aus Siegen-Nassau angeheuer Artikel im Süderorgan „Das Volk“ vom 8. September zusammen. In diesem Artikel werden die Abwanderer auf die christlichen Sekretariate in Diederhofen aufmerksam gemacht, um, wie gesagt, den Schutz und die Vorteile des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zu genießen!

Wie im Ruhrbecken sind auch die Hauer, also meist Familienväter, in den übrigen Revieren von den Lohnrückgängen am meisten betroffen worden. Und noch hält sich der Ruhrbergbau, wie wir schon oben gesagt haben, auf ziemlicher Höhe. Wie lange noch und es geht mit der Förderung gründlich bergab, die Arbeiter werden dann noch mehr als jetzt die Leidtragenden werden. Selbst die verstocktesten Unternehmerorgane fangen jetzt an, die nächste Zukunft recht trübselig zu schildern. Wir wissen also, was die Glocke geschlagen hat.

Wir können darum unsere Kameraden nicht dringend genug warnen, sich vorzusehen. Wenn die Krisis schon wirtschaftlich unheilvolle Folgen für die Bergarbeiter zeitigt, dann soll sie aber auch das Gewissen der Bergarbeiter wach rufen. Die da meinen, es bedürfte keiner Organisation, um die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter zu heben und sie während der Zeit der Krisis zu stützen, sie werden am härtesten die Erfahrung machen, was es heißt, die Organisation nicht beachtet zu haben. Muß, wie früher, die Verzweiflung erst die Massen auf rütteln? Nein, dann ist es gewöhnlich zu spät! Wollen wir uns vor den Folgen der Krisis schützen, dann müssen wir uns vorher enger zusammenschließen, um den arbeiterfeindlichen Bestrebungen Stand zu halten. Und wir müssen die Krisis ferner benutzen, die Organisation zu stärken und auszubauen, damit wir bei dem wiederkehrenden Geschäftsausschwung unseren Mann stellen können. Darum, Kameraden aller Reviere, sorgt tüchtig für Stärkung des Bergarbeiterverbandes. **Treibt Hausagitation! Benutzt die Krisis, um ein schlagfertiges Heer von organisierten Bergarbeitern in allen Revieren zu schaffen.** Wir bleiben dann vor unliebsamen Ueberraschungen bewahrt.

Wer hat den Rechtsschutzverein der Saarbergleute ruiniert?

Es ist nicht unsere Absicht, die Rechtsschutzvereinsführer als die fehlerhaften Engel gegen ihre Widersacher zu verteidigen. Aber so grundschlechte Menschen, wie sie nach den Beschimpfungen der Zeitschriften und Zentrumsprelle erschienen, waren die Bergleute doch nicht. Will man gerecht urteilen, dann muß vor allen Dingen bedacht werden, daß die betreffenden Persönlichkeiten durch die elementar ausbrechende Bewegung der Jahrzehntelang schlummernden plötzlichen vor Augen gestellt wurden, denen sie schon infolge ihrer schlechten Schulbildung nicht gewachsen sein konnten. Wir haben ja erlebt, daß auch Projekte, die von akademisch gebildeten Sozialpolitikern befürwortet waren, sich hernach als völlig verfehlt erwiesen. Erwinnert sei nur an die Frankengeldzuschußkassette des Gewerkschafts christlicher Bergleute, deren Statut und versicherungstechnische Grundlagen von wissenschaftlich gebildeten Herren wie Dr. Hise, Vikar Brauns usw. geprüft und

empfohlen wurden. Nach kurzem Bestehen hat die Kasse mit einem großen Defizit geendet. Wieviel weniger kann man verlangen, daß einfache Bergarbeiter mit mangelhafter Dorfschulbildung, ohne jede Erfahrung auf diesem Gebiete, sich in der Geschäftsführung eines großen Vereins zurechtfinden, richtig kalkulieren, alles in bürokratischer Ordnung halten können, zumal wenn der Organisation keine Zeit zur ruhigen Entwicklung gelassen wird!

Gerecht soll man urteilen! Gewiß hat in der Geschäftsführung des Rechtsschutzvereins großer Wirrwarr geherrscht, zweifellos sind auch Unterschlagungen vorgekommen, aber es stellte sich auch vor Gericht heraus, daß die hauptbeschuldigten Vorstandsmitglieder sich keine Unredlichkeiten, wohl eine unordentliche Geschäftsführung zuschulden kommen ließen, was die Finanzen des Vereins schwer schädigte. Hat denn nicht im Jahre 1898 der jetzige Gewerkschaftssekretär Bernhard Walter (damals noch „Generalrat“ der Hirsch-Dunkerischen) gegen den Gewerkschaftsvorstand Herrn Brust öffentlich den Vorwurf unordentlicher und unrechtlcher Geschäftsführung erhoben und sich bereit erklärt, eventuell gerichtlch dies zu beweisen!? Und ist nicht damals seitens des Gewerkschaftsvorstandes und „Chrenrats“ zugegeben worden, Herr Brust habe infolge Arbeitsüberlastung und ungenügender Kenntnis der Buchführung nicht ganz korrekte Eintragungen gemacht!? Wenn die Zentrumsprelle die geschäftliche Unfähigkeit des Herrn Brust so erbarmungslos beurteilt hätte, wie sich diese Presse gegenüber dem Rechtsschutzvereinsleiter im Saargebiet verhielt, die Organisation des Herrn Brust wäre auch auseinandergeklümpft worden. Um weitere Unregelmäßigkeiten zu verhindern, wurde der kaufmännisch geschulte Kirchenkasseeigentümer Herr Fahrenbruch-Altenessen als Gewerkschafts-Hauptkassenleiter angestellt. Der wenn man, als die Frankengeldzuschußkassette des Gewerkschafts in ganz kurzer Zeit 7000 Mark Defizit hatte, dies Ergebnis als eine Folge von Unredlichkeit und Unordentlichkeit hingestellt hätte, was wäre dann geschehen? Die mißglückten geschäftlichen Unternehmungen der Rechtsschutzvereinsmitglieder (Wau des Bildstockkaales, Ankauf einer Druckerei, Errichtung von „Kasinos“) wurden ohne weiteres dann auf schlechte Verwaltung der Vereinsleiter zurückgeführt, ohne daß man einen einzigen Milderungsgrund geltend ließ. Es kam den Unternehmern darauf an, das Gesagte des Rechtsschutzvereins zu lösen durch Erwecken des Mißtrauens gegen alle führenden Männer, unter denen sich doch nur einzelne Ungetreue befanden.

Wenn der Arbeitermann flüchtig, dann werfen die „Frommen im Lande“ schwere Steine auf ihn. Vor wenig Monaten ist in Merzig (Saargebiet) die „Volksbank“ fürchterlich verkracht. Hunderte von kleinen Leuten, Arbeiter, Handwerker, Bauern, hatten dort ihre Ersparungen angelegt — sie sind ganz oder größtenteils verloren. Die Hauptleiter dieses verkrachten Unternehmens sind Merziger Zentrumsführer, unter ihnen der Verleger der dortigen Zentrumszeitung! Gaben wir gehört, daß die Beschüßler der Arbeitergroßen über die Bankrottverkrachtung der Merziger „Volksbank“ ein Peternordio anstimmten? Beschuldigt man die kaufmännisch vorgebildeten Bankleiter der „Verkrachtung“, „frivoler Geschäftsführung“, „Mißwirtschaft mit den Arbeitergroßen“? Nein! Mit dem Mantel der Liebe werden diese Bankrotteure zudeckt, man schweigt oder findet allerhand Entschuldigungsgründe.

Die Führer des Rechtsschutzvereins im Saargebiet waren Leute ohne kaufmännische Schulung, sie haben nicht entfernt so hohe Summen verwirtschaftet, wie die Volksbankleiter in Merzig, wurden aber von der Zentrumsprelle behandelt wie die verruchtesten Verbrecher, überschüttet mit den massivsten Beschimpfungen und Verleumdungen. Daß diese Behandlung die Leute maßlos erbittern mußte, ihnen heftige Entgegnungen und häßliche Auslageworte gegen ihre hauptsächlichsten Widersacher entlockte, ist menschlich doch nur zu begreiflich.

Was nun gar die stittliche Enttistung der Bergwerks- und Hüttenprelle über die „Mißwirtschaft des sozialdemokratischen Rechtsschutzvereinsvorstandes“ anbetrifft, so stellt sich ja jetzt heraus, daß Marken und Gen. vor 19 Jahren nicht zuviel behauptet haben, als sie gewissen Werksbeamten eine heillose Mißwirtschaft mit dem ihnen anvertrauten Staatselgentum vorwarfen. Augenblicklich häufen sich bei dem Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft in Saarbrücken die Beweise für umfangreiche Durchstechereien und Diebstähle, begangen von „staats-erhaltenden Elementen“ auf den fiskalischen Saargebieten! Teilweise liegen die Veruntreuungen Jahrzehntelang zurück, sind Jahrzehntelang begangen worden! In dem vom 14.—19. Dezember 1889 vor der Strafkammer Saarbrücken durchgeführten Veleidigungsprozeß gegen Marken, Bachmann, Müller, Alteneyer, Strauß und Becker handelte es sich auch um die von den betr. Angeklagten erhobenen Behauptungen, es kämen auf den Saargebieten „Durchstechereien“ vor, gewisse Beamte ließen sich von Arbeitern „schmiereln“, der Fiskus würde bestohlen und beraubt. Das Gericht entschied: Die Behauptungen seien unwahr, verleumdend; die Angeklagten wurden mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten belegt. Und heute ist schon durch die Voruntersuchung festgestellt, daß weit umfangreichere Diebstähle am fiskalischen Eigentum begangen worden sind wie Marken u. Gen. je behaupteten! Herr Hilger, seinerzeit Redakteur des „Bergmannsfreundes“, mußte sich damals nicht genug zu tun in Enttistung über die Unredlichkeiten einiger Rechtsschutzagitatoren, deren „sozialdemokratische Gesinnung“ sich in der „Veruntreuung fremden Eigentums“ dokumentierte. Was sagt aber nun Herr Hilger zu dem kolossalen Sumpfe, der in seinem früheren Herrschaftsgebiet aufgedeckt worden ist? Diebstähle sind massenhaft begangen, die Zahl der geleisteten Weineide ist erschreckend groß. Keine Sozialdemokraten, sondern staats-erhaltende Elemente“ sitzen in dem Sumpfe, Leute die sich jubelnd um Herrn Hilger scharten, wenn er den Kampf „für die heiligsten Güter“ führte. Was jetzt schon an Verbrechen dieser kapitalistischen Schutzgardisten vom Saarbrücker Richter ermittelt ist, daneben erscheinen die Unredlichkeiten einiger Rechtsschutzvereinsleiter wie ein harmloses Kinderspiel. Nicht, als ob wir diese ungetreuen Rechtsschutzvereinsleiter in Schutz nehmen wollten, nein, wir wollen nur beweisen, daß es eine Frivolität sondergleichen war, wie man seinerzeit die Vergehungen einiger Personen ausnützte zur Unterminierung des Rechtsschutzvereins.

Die Redensart: „Gegen den Verein haben wir nichts, nur gegen die Führer gehen wir vor!“ ist eine Verdunkelung des Tatbestandes. Hatte man erst einmal die „Führer“ heruntergemacht, dann sorgte das in der Mitgliedschaft gewackelte Vertrauen schon für den gänzlichen Zerfall der Organisation. Wir haben schon erwähnt, daß Herr Hilger sich am 23. Mai 1905 in Trier rundweg als ein Gegner der Arbeitergewerkschaften, gleichviel welcher Richtung, bekannte, und sich rühmte, mit Hilfe der Weislichkeit des Reichstagsvereins vernichtet zu haben. Derselbe Herr Hilger sagte am 24. Mai 1902 in einer Versammlung auf dem Wildhof zu den Saarbergleuten:

Gegen den Reichstagsverein (!) als solcher habe ich gar nichts. Glauben die Bergleute, durch einen solchen Verein ihre Lage zu verbessern, so müßten sie ruhig Mitglieder werden. Ich bin überhaupt deshalb der Organisation unserer Arbeiter nicht entgegen, weil ich bei unseren jetzigen Zuständen glaube und hoffe, daß wir auf allen denjenigen Werken, die nicht im Besitz von Einzelpersonen sind, in der weiteren Entwicklung der gewerblichen Arbeiterverhältnisse dahin kommen werden, daß wir auf der einen Seite die organisierten Arbeiterverbände, auf der anderen Seite die Arbeitgeber haben und daß dann beide Teile auf dem Boden der Gleichberechtigung miteinander über die Bedingungen des Arbeitsvertrages verhandeln. Die Entscheidung ist in jedem einzelnen Streitfalle lediglich eine Machtfrage.

So sprach Herr Hilger, der prinzipielle Feind der Arbeiterorganisation, als es sich darum handelte, zunächst einmal die unheimlichen Reichstagsvereinsführer kalt zu stellen; war das gelungen, dann fand sich „das weitere“. Wir wissen aus den Krämer-Hilger-Prozessen, daß Herr Hilger nicht nur keine Gewerkschaften duldet, ganz zu schweigen von dem Lohn, mit dem er die „Phantasterei“ von der Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß der Arbeitsvertragsbestimmungen behandelte; wir wissen auch, daß Herr Hilger die härtesten Vereinigungen „kühnlicher“ Bergleute mit Maßregelungen der Wortführer bekämpfte; wir wissen, daß er katholischen Geschäftsleuten, Arbeitern und Beamten das Leben sauer machte; wir wissen, daß er sich sogar als „strafende Gerechtigkeit“ über die ordentlichen Gerichte stellte (Fall Becker-Becker und Blum-Michel).

Mit diesem prinzipiellen Gegner der Arbeitervereinigung ging das Zentrum im Saargebiet Hand in Hand bei der Vernichtung des Reichstagsvereins! Zum „Danke“ dafür wurden die „zentrumverdächtigen“ katholischen Bergleute in Wieselskirchen nach den Reichstagswahlen 1893, 1901 und 1903 der Bergwerksdirektion gemeldet und bekamen, wie die Zeugen 1905 vor Gericht bekundeten, Straf-arbeiten!

Wenn dieser oder jener Reichstagsvereinsagitator sich auf der Tour mal ein Glas Bier mehr wie andere, oder ein anständiges Mittagessen genehmigte (alles wurde ansponoriert!), dann wurde dies brüderlich in der Zentrums- und Bechenpresse veröffentlicht, um die Mitglieder gegen „die sich vom sauren Schweiß der Arbeiter mästenen Führer“ aufzuheizen. Mag sein, daß auch Reichstagsvereinsführer mehr „Beckamer“ tranken, wie ihnen zuträglich war, und sich dessen rühmten. Wir empfehlen dafür den Enthaltenspredigten zum Studium folgende Tagebuchnotizen, die ein Delegierter zur diesjährigen Generalversammlung (München) des christlichen Holzarbeiterverbandes über seine Delegiertentätigkeit veröffentlicht in der christlichen „Holzarbeiterzeitung“ vom 10. Juli 1908:

4 Uhr früh. Wir hören auf zu spielen. Werden in Nürnberg mal wieder eingeladen. Sehe hier zum ersten mal in meinem Leben einen Maßkrug. Welch schauerhaftes Gefühl muß das für einen Antialkoholiker sein. Für mich weniger. Eine gute Stunde Aufenthalt gibt's hier.

12 1/2 Uhr mittags. Das Essen war gut. Wir sind gerade wie zu Hause. Die Fauna sorgt für alles. Der Oberbefehlshaber hat sich gemütlich gemacht. Er läuft bereits in Hauschuhen herum. Kein Wunder, daß er bei dem guten Bier mehr Zeit in München als in Köln ist.

7 Uhr abends. Wir sind im Hofbrauhaus. Ich glaube, wenn das Ding nicht staatlich wäre, würde die Gesundheitspolizei das Gewölbe schließen. Proste Mahleit für seine Nasen. Bier ist sonst gut. Vor mir an der Schenke verlaugt jemand 3 Quartel: „Was das Quartel willst hobn, nichts bezohln willst halt für a Maß du Gschetter“, sagte der Bapfer. Ich glaube der Mann hatte Recht.

Mittwoch, den 1. Juli. 1/3 Uhr nachmittags. Wir fahren nach Starnberg. Es soll mich wundern, wie groß der See ist. Ein Münchner Maurer soll sich schon stark gemacht haben, die Lache auszufüllen.

7 Uhr abends. Starnberg haben wir gesehen; auch Berg, Leoni und den Dismarkturm. Jetzt sitzen wir in Zuzing auf der Bräuerrei. Nicht mal Fische und Stühle hats hier. Nur Rasenplätze und Bier. Uns genügt's. Wir trinken.

8 Uhr abends. Die Gemütslichkeit steigt. Statt der Zigaretten habe ich einige Kieselsteine in der Tasche. Drüben am Abhang ist großes Weizenfeld. Fünf zerbrochene Schirme ist das Resultat.

9 Uhr abends. Bei uns nennt man eine kerartige Gruppierung Gänsemarsch. Wie die Zuzinger nur schauen. Voran die Standarder, dann die Hinterbliebenen der 5 Schirme und viel Volk. — Eben läßt sich ein Teil des Volkes seine Gleichberechtigung beschneiden. Seht sich maßhaltig an ungedeckte Tische. Die ganze Erziehung des Verbandstages scheint zum Ruin.

10 1/2 Uhr abends. Nach Zuge ist großer Hallo. Die Bagern sagen, das müßte so sein. Ich dem langen vierzähligen Eichen müßte der untere Teil des Rückens massiert werden. Wünsche viel Vergnügen. Schläfe lieber.

11 1/2 Uhr abends. Eben sind wir im Mattheserbräu angekommen. Durk habe ich für zwei. Vorläufig bleiben wir hier.

Den Reichstagsvereinsagitatoren wurde von der Zentrums- und Bechenpresse jedes Glas Bier, jeder Schnaps, jedes Mittag- und Abendessen vorgerechnet als eine „Verfassung der Arbeitergewerkschaft“. Wir können uns gar nicht ausdenken, was für böswärtige Hezartikel erst gar verbrochen worden wären, wenn die Reichstagsvereinsführer sich des Lebensgenusses so gerührt hätten, wie der christliche Holzarbeiterdelegierte in seiner Zeitung.

Was es damals im Saargebiet eine Schlägerei, wurde das Messer gebraucht, tödlicher war, daß die Zentrums- und Bechenpresse diese Skandale auf das Konto der „Verrohung durch den sozialdemokratischen Reichstagsverein“ schoben und gegen ihn ein schreckliches Lamento anstimmten. Wie sah es aber mit dem Wohlverhalten der Bevölkerung aus, als der Reichstagsverein und die Sozialdemokratie im Saargebiet noch nicht existierten?

In den Jahren 1867—1870 kamen vor den Rgl. Assisenhöfen und Justizpolizeigerichten zu Saarlouis und Trier 655 Bergarbeiter zur gerichtlichen Verurteilung. Allein 412 wegen Körperverletzung und Mißhandlung. 25 wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigung, 26 wegen Zerstörung fremden Eigentums. Auf 1000 Bergarbeiter kamen gerichtliche Verurteilungen 1867: nahezu 4, 1868: 8, 1869: 13 1/2, 1870: 13 1/2! Die auffallend vielen Verurteilungen wegen Körperverletzung und Mißhandlung wurden damals von den Zeitungen eine „bedenkliche Erscheinung“ genannt. Im ganzen Saargebiet wurde damals bei den Wahlen nicht eine einzige sozialdemokratische Stimme abgegeben!

Im vergangenen Jahre erklärte ein Staatsanwalt in einer Schwurgerichtssitzung in Saarbrücken, es seien im Regierungsbezirk Trier im letzten Jahre 23000 Personen wegen Messerschere verurteilt worden! Am schlimmsten sah es mit der Messerschere im Kreise Saarlouis aus! Betrachten wir uns nun die Statistik der Reichstagswahlen, so finden wir: Im Regierungsbezirk Trier wurden 1907 bei der Reichstagswahl abgegeben 120643 Stimmen für die Zentrums- und 23549 für die Nationalliberalen, 1905 120643 unbestimmte und nur 4963 Stimmen für die Sozialdemokratie. Speziell im Wahlkreis Saarlouis erhielt das Zentrum 23151, die Sozialdemokratie nur 408 Stimmen!

Was würden nun die Herrschaften sagen, wenn wir behaupteten, die unheimlich vielen Messerschereiten im Regierungsbezirk Trier seien eine Folge der zentralistischen und nationalliberalen Arbeitervereine?! Könnte behauptet werden, daß Reichstagsvereine existierten und auch nachdem er längst zertrümmert war, spielte das Messer in Saarbrücken eine erschreckend schlimme Rolle! Und trotzdem hat man auch die vorerwähnten Missetaten als Kräfte dem Reichstagsverein aufs Konto geschrieben, um ihn zu verdächtigen, ihn zu ruinieren! Kein Mittel ist zu schlecht gewesen, Zentrums- und Bechenpresse sind vor dem Verwerflichsten nicht zurückgeschreckt. Das allein hätte genügt, die junge Organisation kaputt zu machen, wenn auch in ihrer Verwaltung alles tadellos gewesen wäre.

Tarifverträge im Bergbau.

III.

Während früher die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bergbau den territorialen Bergordnungen unterlag und die Bergbehörde bzw. verwaltete Beamte für die Erfüllung dieser Bergordnungen Sorge trugen, haben wir heute den sog. freien Arbeitsvertrag, d. h. im Arbeitsvertrag vereinbaren die Vertragsabschließenden die Leistung der Arbeit durch den einen (Arbeiter) und die Bestimmung von Entgelt durch den anderen (Bergwerksbesitzer bzw. dessen Repräsentanten). Es stehen sich Werksbesitzer und Arbeiter als Vertragskontrahenten gegenüber. Geschligt oder beschränkt sind beide in der Abschließung des Vertrages und in den Umständen des Vertrages durch die einschlägigen Gesetze wie Vergengesetz, Gewerbeordnung, Bürgerliches Gesetzbuch, Arbeiterschutzgesetz usw. Inwieweit alle diese Gesetze auf den abgeschlossenen Arbeitsvertrag zwischen Bergwerksbesitzer und Arbeiter einen Einfluß ausüben, ihn besonderen gesetzlichen Bestimmungen unterwerfen, kann hier nicht näher erläutert werden, weil es den Rahmen unserer Betrachtungen weit überschreiten würde. Nur soll festgehalten werden, daß die freie Vereinbarung, wie sie den jetzigen Arbeitsvertrag unterliegt, Zustände herbeigeführt hat, die als glückliche nicht zu bezeichnen sind. Und das kommt daher, weil die freie Vereinbarung auf dem Papier sich gut ausmacht, aber in Wirklichkeit garnicht vorhanden ist. Der Werksbesitzer als Besitzer der Produktionsmittel und als der wirtschaftlich Stärkere hat es verstanden und versteht es heute noch, den Arbeitsvertrag so zu gestalten, daß aus ihm die günstigsten Bedingungen für den Werksbesitzer sich ergeben haben, während die Arbeiter die Bedingungen annehmen müssen, ob sie wollen oder nicht. Die Not, die Erhaltung der Existenz zwingt ja die Arbeiter, sich den werksseitigen Bedingungen zu unterwerfen. Selbst einen Einfluß auf sie auszuüben, dazu fehlt den Bergarbeitern heute die Macht, die sie aber auch nur durch vollste Ausnutzung des Koalitionsrechts, d. h. durch Bildung starker Organisationen erreichen könnten. Solange das aber nicht ist, wird in der Praxis der Arbeitsvertrag einseitig den Arbeitern aufgezwungen werden. Die den Arbeitsvertrag beeinflussenden Gesetze haben es nicht verhindert, daß wir heute die tollsten Vereinbarungen in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bergbau vorfinden.

Die Arbeitszeit im Bergbau ist verschieden. War früher die Achtstundenschicht gang und gäbe, so ist für die erwachsenen männlichen Arbeiter heute keine Grenze gesetzt, außer es handelt sich um Arbeiten in sehr hoher Temperatur. Sonst werden 8, 9, 10, 11 und 12 stündige Schichten verfahren. In einem einzigen Bergrevier finden wir die verschiedensten Arbeitszeiten und sie zeigen sich auch auf einem Werke selbst.

Schlimmer noch steht es mit der Lohnregulierung — besser gesagt, Lohnregulierung. Diese sind so verschieden, wie wir sie in einem anderen Berufe kaum noch vorfinden dürften. Die Tendenz in der Lohnfrage und Lohnregelung läuft im Bergbau auf die schlimmste Mißachtung und Verflachung der Arbeiter hinaus. Darum bildet die Lohnfrage eine Quelle fortgesetzter Bergarbeiterklagen, die nicht abreißen und die immer wieder zu wirtschaftlichen Katastrophen, zu Lohnbewegungen und Streiks führen. Bei den Bergarbeiterausständen steht jedesmal die Lohnfrage im Vordergrund der Forderungen.

Vor allen Dingen sehen die meisten heutigen Lohnforderungen im Bergbau keine Sicherung des Einkommens voraus, selbst da nicht, wo sich Fleiß und Intelligenz in dem Arbeiter paaren. Nur beim Schichtlohn ist es anders. Hier weiß ja jeder, was er verdient. Der Werksbesitzer sorgt aber schon dafür, daß diese Schichtlöhne sich der Art der Arbeit und der Leistungsfähigkeit des Arbeiters anpassen, d. h. anpassen nach Auffassung des Werksbesitzers. Und nur ein Teil der Bergarbeiter arbeitet im Schichtlohn. Arbeiter, die direkt an der Gewinnung der Kohle beteiligt sind, also die eigentlichen Bergarbeiter, arbeiten fast ausschließlich im Gebinge d. h. die Arbeiten werden im Afford vergeben. Die Affordbäche stellt entweder ein höherer oder niedriger Beamter der Grube in Gemeinschaft mit den Arbeitern fest, oder es wird befreidert trotz aller Bestimmungen in den Arbeiterordnungen, die bekanntlich die Gegenseitigkeit im Afford- oder Gebingeausschlag voraussetzen. Einigt man sich nicht, soll ein Schichtlohn die Stelle des Gebingelohnes vertreten, bis die Einigung erfolgt. Wenigstens steht das auf dem Papier, in der Praxis ist es anders. Die Feststellung der Gebingefätze sind das Ergebnis nicht der gegenseitigen Vereinbarung zwischen Werk und Arbeiter, sondern der kaufmännischen Berechnungen in den Werksbüros. Das Gebinge erpart ja nicht die Kalkulation, sondern erleichtert sie. Da wird festgestellt, was der Verkauf- bzw. Lompreis der Kohle ist, wie hoch sich die Selbstkosten zu belaufen haben und welchen Anteil der Arbeiterlohn in dieser Feststellung einzunehmen hat. Allem wird die Soll-Forderung zu Grunde gelegt. Damit ist dem Beamten, der die Gebinge abzuschließen hat, die Richtung für die Höhe der Gebinge gegeben. Die Richtung, mit der Ausführung hapert es. Es liegt in der Natur des Bergbaues, daß die Gebingeregulierung keine einheitliche sein kann, weder im ganzen Betrieb noch für das einzelne Revier. Wir finden Reviere, wo die Gebingeregulierung äußerst verschieden ist. Die Beschaffenheit der Arbeitsverhältnisse zwingt den Beamten Wagens-, Meter- und Stückgebinge verschiedenlich zu normieren. Welcher Erfolg und Sicherheit ihn in der Kalkulation begleitet, beweist, daß fortgesetzt die Gebinge geändert werden, weil der Arbeiter entweder zu viel oder zu wenig verdient hat. Doch darauf kommen wir noch näher zurück.

Uns interessieren zunächst die Lohnformen, wie sie sich im Bergbau im Zeitalter des „freien Arbeitsvertrages“ entwickelt haben. Einfache Lohnformen wechseln mit solchen von komplizierter Art ab. Neben dem Schichtlohn herrscht, wie schon erwähnt, das Gebinge. Es wird aber auch die Arbeit in der Grube nach Schichtenlohn in Verbindung mit Affordlohn verrechnet, was besonders stark in Sachsen-Mitteldeutschland hervortritt. Je nach Alter und Grad der Arbeiter sind die Schichtlöhne festgesetzt, diese sind hier und da sogar in Arbeiterordnungen festgelegt, dennoch wird vor Ort ein Gebinge vereinbart. Innerhalb einer einzigen Kameradschaft gibt es die verschiedensten Schichtlöhne; aus ihnen heraus ergibt sich auch die Höhe der Differenz im Lohnverdienst. Der Schichtlohn bildet den Grundlohn. Was durch den Afford mehr herausgeschlagen worden ist, also über dem Schichtlohn sich bewegt, wird zu gleichen Teilen auf die Schichtlöhne zugeschlagen. Man nennt den überflüssigen Teil des Lohnes über den Schichtlohn hinaus auch „Ausbeute“ oder Prozentlohn. Das Lügen-Deiniger wie das Wackaner Revier ist mit dieser Lohnform „beglückt“ worden.

Nun aber hat man sich mit der Verschmelzung von Schichtlohn und Affordbäche werksseitig nicht zufrieden gegeben, sondern man ist auch zu dem getrennten Gebingensystem übergegangen. Jede Kameradschaft bzw. Ortsdrittel arbeitet vor demselben Ort auf eigene Rechnung. Was das heißt auf Gruben, wo nicht einmal die Reparatur und die Nebenarbeiten bezahlt werden, kann sich jeder leicht ausmalen. Es arbeiten sich die Kameradschaften hier entgegen, aus Bosheit oder aus Not. Das getrennte Gebingensystem artet zum

Skandal aus, der noch gesteigert wird, wenn obenrein noch Prämien gezahlt werden. Bei einer Mehrförderung, d. i. bei einer Förderung über den ausgemachten oder auskalkulierten Satz hinaus steht die Prämie ein, die sich steigert, je höher die geleistete Wagenszahl ist.

Wir finden Ortsbesitzschaften, die im Schichtlohn verbunden mit Prozentlohn im getrennten Gebinge und gleichzeitig belastet mit dem Prämienystem arbeiten müssen. Dem Fleiß soll der Lohn zu teil werden! So sagen die Werksbesitzer, schicken aber dabei die „Knechtigen“ mit den erbärmlichsten Hungerlöhnen nach Hause. Wie der Fleiß durch das Blick im Bergbau noch korrigiert wird, darüber brauchen wir uns nicht aufzuhalten.

Die getrennten Gebinge sind weit über Mitteldeutschland-Sachsen verbreitet, die Prämienzahlung finden wir in dieser oder jener Form fast in allen Revieren vor. Wir finden nun aber auch Gruben, wo ein Schichten- bzw. Normallohn auch allgemein für die eigentlichen Bergarbeiter festgelegt ist, aber er wird gewöhnlich nur dann bezahlt, wenn die vorgezeichnete Wagenszahl gefördert worden ist. Selbstverständlich sind das nur wenige und auch nur kleinere Gruben, wo ein solches Verfahren geübt wird. Die Wirkung äußert sich hier in der Länge der Arbeitszeit. Wer sein Quantum früher fertig bringt, hat das Vergnügen, eher anzufahren. Da, wo es nicht „knappt“, lange Arbeitszeit die Folge. Wir finden dann wieder Gruben, wo Normallöhne gezahlt werden für die gesamte Belegschaft, ohne direkt an ein Quantum gebunden zu sein. Diese Lohnform kommt dem Minimallohn am nächsten, da er gezahlt wird, auch wenn die Leistung unverschuldet zurückgeblieben ist. Da aber der Wert des Minimallohnes in seiner Höhe liegt und auch von anderen Umständen abhängig gemacht werden muß, so werden wir noch sehen, wie mit dieser Lohnregelung den Wünschen der Bergarbeiter entsprochen ist.

Im Waisfelder Revier herrschte lange Jahre hindurch das sog. Kauf- oder Auktionsgebänge. Die einzelnen Arbeiten wurden versteigert und an den abgegebenen, der sie am billigsten übernahm. Auf einigen Gruben fanden wir ein System, wo einzelne Bergarbeiter die Arbeiten übernahmen und wo sie dann den Lohnsatz unter ihren Kameraden so verrechneten, daß für sie selbst noch ein besonderer Gewinn außer dem Affordbäche herausrang — das sog. Zwischenunternehmer-System, das aber nicht mit jenem Zwischenunternehmer-System zu verwechseln ist, wie es sich herausgebildet hat bei Vergabung von Querschlagsarbeiten und Schachtarbeiten an Unternehmer.

Nach finden wir noch vor das sog. Generalgebänge, die Bezählung der geförderterten Mengen nach Gewicht, Bezählung der Arbeiter nach dem Alter. Kurz und gut, im deutschen Bergbau drängt sich eine große Menge von Lohnformen zusammen. In welcher Weise sie regelnd auf die Lohnverhältnisse einwirken, werden wir im nächsten Artikel zeigen.

Die Berichte der sächsischen Berginspektoren.

Mit der gewohnheitsmäßigen Verspätung sind die Jahresberichte der sächsischen Berginspektoren für 1907 erschienen. Viel ist es nicht, was man da erfahren kann. Sind es doch nur wenige Druckseiten, auf welchen die Berginspektorenberichte Platz gefunden haben.

Im Bezirk Dresden, zu welchem auch der Braunkohlenbergbau der Oberlausitz gehört, waren 30 Braunkohlen- und zwei Steinkohlenwerke vorhanden. Die Beziehungen des Inspektors zu den Arbeitgebern und Arbeitern werden als gute bezeichnet. Den Arbeitern war anlässlich der Revisionen oft Gelegenheit geboten, mit dem Inspektionsbeamten in persönliche Berührung zu treten. Es wäre gut, wenn man erfahren könnte, wie oft die Arbeiter von dieser Gelegenheit Gebrauch machten, um festzustellen, inwieweit die Arbeiter dem Beamten Vertrauen entgegenbringen. Auf einem Braunkohlenwerk (Giesmannsdorf) kündigten von 105 Arbeitern 5 ihr Arbeitsverhältnis, weil der Unternehmer die Schichtzeit von 8 auf 11 1/2 Stunden verlängern wollte und nebenbei noch eine Herabminderung der Gebingefätze vornahm. Diese „Arbeiterfreundlichkeit“ wurde durch das einmütige Vorgehen der Belegschaft zurückgewiesen, der Unternehmer mußte sich zu einem für die Arbeiter annehmbaren Vergleich bereit erklären. Der Streik hatte sieben Tage gedauert. Festgestellt wurde, daß ein jugendlicher Arbeiter mit Meinigen eines Dampfessels beschädigt worden war. Weiter wurde ein jugendlicher Arbeiter zu wiederholten Malen länger als zehn Stunden täglich und auch während der Nachtzeit beschäftigt. Die verantwortlichen Werksbeamten wurden mit je 5 Mk. Strafe belegt. Wir sind überzeugt, daß derartige Strafen auf diesem Gebiete keine Besserung bringen werden. Auch könnte es gar nichts schaden, wenn diejenigen Werke, wo solche Übertretungen geschehlicher Bestimmungen vorkommen, genannt würden. Unfälle gelangten 385 gegen 369 im Jahre 1906 und 346 im Jahre 1905 zur Anzeige. Dies wäre gegen die Vorjahre eine ganz enorme Steigerung.

Der Bericht für Freiberg I und II umfaßt den Erzbergbau in den Revieren Freiberg, Altenburg und Marienberg sowie in der Oberlausitz. Die Belegschaft in den genannten Revieren beträgt noch 1780 Mann, jedoch wiederum eine Abnahme von 66 Mann zu verzeichnen ist. Wünsche und Beschwerden sind seitens der Arbeiter nicht vorgebracht worden, trotzdem ihnen oft Gelegenheit geboten war, mit den Beamten der Berginspektion in persönliche Berührung zu kommen. Unfälle gelangten 149 gegen 99 im Vorjahre zur Anzeige. Die Stellung der Inspektion zur Frauenarbeit wird am besten dadurch gekennzeichnet, wenn man die Ausführungen der vier Bergrevierbeamten wiederholt:

„Vielfach kamen die Frauen nur stundenweise, und da sie überwiegend sich in einem Alter befanden, in dem ihnen die Erziehung der Kinder nicht mehr oblag, so füllten sie die ihnen zu Gebote stehende freie Zeit mit Arbeiten auf der Grube aus, dankbar der Gelegenheit, noch etwas zu verdienen.“

Glückliche Frauen, welche während ihrer freien Zeit auf den Gruben arbeiten dürfen!

Nach verschiedenen Richtungen hin interessant ist der Bericht des Herrn Bergat Seemann über den Braunkohlenbezirk des Leipziger Beckens. Er schreibt wörtlich: „Das Verhältnis des Berginspektors zu den Arbeitgebern war im allgemeinen ein gutes. Letztere kamen den zum besten der Arbeiter notwendigen Anordnungen in bezug auf Schutzmaßnahmen zur Anwendung von Gefahren bereitwillig (?) nach und auch für die auf Abwehr gesundheitsschädlicher Einflüsse gerichteten Anregungen zeigten sie Verständnis; freilich wurden sie dazu nicht nur durch den Druck der Aufsichtsbehörde, sondern auch durch die Forderungen der Arbeiterschaft gedrängt.“

Na also! Erst heißt es, die Unternehmer waren bereitwillig, dann muß man zugeben, daß diese Bereitwilligkeit nur eine Folge des Drängens der Arbeiterschaft gewesen ist. Durch diese behördlichen Feststellungen kann man den Arbeitern nur dringend raten, noch mehr wie bisher mit ihren Forderungen den Unternehmern auf den Leib zu rufen. Dann beklagt man sich darüber, daß die Arbeiter keinen Gebrauch davon gemacht hätten, bei dem Besuch der Inspektion auf den Gruben ihre Beschwerden und Wünsche mündlich vorzubringen. Warum das nicht geschieht, dürfte auch der Berginspektion nicht unbekannt sein. Wenn die meisten Beschwerden schriftlich und zwar ohne Namensnennung eingereicht wurden, so bedeuten auch wir das Letztere, können es aber auf Grund der gemachten Erfahrungen sehr gut verstehen. Diese tatsächlichen Feststellungen der Berginspektion sind der beste Beweis, daß eben die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl zu der heutigen Berginspektion nicht das notwendige Vertrauen haben und stärken uns von neuem in dem Glauben, daß dieser Uebelstand nur beseitigt werden kann, wenn unsere Forderung, Einführung von Grubenkontrollen aus den Reihen der Arbeiter, in die Tat umgesetzt wird.

Anerkannt muß werden, daß die eingereichten Beschwerden der Bergarbeiter niemals eines tatsächlichen Grundes entbehren, wenn dieselben auch nach Ansicht des Berginspektors in manchen Punkten

überleben waren. Jedenfalls muß man berücksichtigen, daß der Bergmann schon vieles hat erdulden müssen, bevor er sich hinsetzt und eine Beschwerde an die Berginspektion schreibt. In den meisten Fällen werden die vorhandenen Mißstände bei der Kontrolle des Arbeiterbeamten nicht mehr in dieser Weise vorhanden sein, als es bei Abfassung des Berichtes der Fall gewesen ist. Auf alle Fälle aber dürfen wir von den Arbeitern behaupten, daß sie niemals mit Absicht etwaige Unwahrheiten an die Bergbehörde berichten.

Im Bericht wird noch mitgeteilt, daß die Arbeiterorganisationen in einigen Fällen Fühlung mit dem Berginspektor gesucht haben. Der Bergarbeiterverband soll es zumeist vorgezogen haben, die seinen Vertrauensmännern zugegangenen Angaben über Mißstände auf den Gruben durch die Presse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Abgesehen davon, daß wir uns niemals werden vorzeichnen lassen, welchen Weg wir für den geeignetsten halten, um Mißstände zu kritisieren, sind wir auch mit dem Eingreifen der Bergbehörde nicht so recht zufrieden. Geradezu auffällig ist es, welchen Standpunkt die Berginspektion einnimmt zu der Einführung des gemeinsamen Gedinges. Bekanntlich ist der Bergarbeiterverband wiederholt mit Forderungen an die Werksbesitzer herantreten, das getrennte Gedinge zu beseitigen und an dessen Stelle das gemeinsame Gedinge einzuführen. Jeder Bergarbeiter, welcher nicht gewillt ist, mit seinem Leben und seiner Gesundheit ein triviales Spiel zu treiben, weiß, was es bedeutet, das getrennte Gedinge abzuwickeln. Wenn sich nun auf einigen Werken, die der Forderung nachgegeben haben, das gemeinsame Gedinge einzuführen, wieder Arbeiter finden, welche den früheren Zustand wieder eingeführt wissen wollten, so zeigt dieses eben, wie mangelhaft selbst Arbeiter über die Bedeutung dieser Frage aufgeklärt sind. Daß man aber in den Kreisen der Bergbehörde herkommt und meint, daß die mehrheitlichen Arbeiter keine Lust hätten, die weniger Leistungsfähigen mit durchzuschleppen, müßten wir doch entschieden zurückweisen. Die Bergbehörde hätte nach unserer Auffassung alle Ursache, dort, wo die Arbeiterchaft geistig noch nicht so weit vorgeschritten ist, um die Folgen des getrennten Gedinges zu erkennen, gemeinsam mit dem aufgeklärten Teil der Arbeiter danach zu streben, dieses gesundheitschädigende und Menschen ruinierende Gedingesystem zu beseitigen und zwar im Interesse der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, vor allen Dingen aber im Interesse des Arbeiterschutzes.

Geradezu komisch wirkt es, wenn man seine Schlussfolgerungen soweit ausdehnt, daß diese Veruche (Aufhebung der getrennten Gedinge) für die etwaige spätere Einführung von Tarifverträgen beim Braunkohlenbergbau nicht günstig angefallen wären. Wir meinen, daß doch die Frage der Einführung von Tarifverträgen im Bergbau eine zu wichtige ist, als daß sie mit solchen Bemerkungen abgetan werden kann. In den nächsten Zeilen schon wird das bestätigt, was wir oben angeführt haben. Es wird nämlich berichtet, daß jeder Arbeiter danach strebt, möglichst hohe Löhne zu erlangen, aber so bald dieses erreicht war, nicht die Gelegenheit wahrzunehmen, noch mehr zu verdienen, sondern sie arbeiteten nur so lange, als zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse nötig war; die übrige Zeit, namentlich an den Arbeitstagen nach Sonn- und Feiertagen, wurde gefeiert. Wie wäre es denn, wenn wir die Behauptung aufstellten: Gerade immer diejenigen sind es, welche an den genannten Tagen feiern, die bei dem getrennten Gedinge in unmittelbarer Weise geschädigt haben, um (auf Wunsch?) für die Unhaltbarkeit des gemeinsamen Gedinges den Beweis zu erbringen. Verstehen können wir beim besten Willen nicht, was es heißen soll, wenn von einer gewissen Ueberempfindlichkeit der Arbeiter im Verkehr mit den Beamten geschrieben wird und letztere es ruhig hinnehmen sollen (?), namentlich durch die Arbeiterpresse mitunter recht gräßlich beleidigt zu werden. Wir möchten Herrn Bergat Seemann fragen, wo Beamte in der Arbeiterpresse gräßlich beleidigt worden sind?

Unfälle sind im Berichtsjahre 296, darunter 11 tödliche zu verzeichnen. Was die Veranlassung zu den Unfällen betrifft, so heißt es weiter, kann nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß sie bei einer Anzahl der Unfälle in der zunehmenden Desziplinlosigkeit der Arbeiter und dem Schwinden der Autorität der Beamten liegt. Das Rätsel ist am schnellsten gelöst, wenn man den Arbeitern die Schuld zuschreibt, aber damit sind die Unfälle und deren Vermeidung nicht beseitigt. Den Arbeitern wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich über die Anordnungen der Beamten hinwegsetzen, um mit leidlicher Arbeit ihren Lohn zu verdienen, aber dabei oft Schäden leiden. Sollte hier das getrennte Gedinge nicht mitbestimmend sein? Ein wahres Mitleid könnte man mit den Beamten haben, weil sich dieselben nicht zu strafen getrauten, da sonst die Arbeiter von der Arbeit wegstreben. Vorsätze zur Verhütung von Unfällen sind von den Arbeitern nicht gemacht worden, heißt es am Schlusse des Berichtes. Sollen wir unsere Forderungen betreffend Bergarbeiterschutz hier noch einmal aufzählen? War die Abschaffung des getrennten Gedinges kein Vorschlag? Vielleicht kommen die alle Autorität untergrabenden und disziplinlosen Bergarbeiter des jetztigen Braunkohlenbergbaues einmal her und verlangen als Vorgesetzter das Verlesen der bergpolizeilichen Vorschriften. Uns scheint, daß es damit not tut!

Im Delbitz Langer Bezirk hat sich die Belegschaft gegen das Vorjahr um 1,1 Proz. verringert. Das ist eine Erscheinung, welche bei der guten Geschäftslage des Vorjahres auffallend ist. Von mehreren Werken wurden deshalb mit Hilfe von Agenten ausländische Arbeiter, und zwar aus Galizien, Böhmen, Salzburg und Bayern, herangezogen. Es waren meist Leute, denen die Bergarbeit nach fremd war. Mißverständnisse und unklare Angaben der Agenten in bezug auf Lohnhöhe, Schwierigkeiten betreffend Unterbringung der Fremden in Wohnungen der eingewanderten Arbeiterbevölkerung und nicht zum wenigsten auch die moralische Minderwertigkeit eines Teiles der Fremden brachten es mit sich, daß die meisten von ihnen nach kurzer Zeit das Arbeitsverhältnis wieder aufhießen. Einige sind sogar wieder abgewieselt, ohne den Bergbau näher in Augenschein zu nehmen. Sie haben sofort den Rücktransport in die Heimat verlangt. Man kann wohl behaupten, daß man hier mit den fremden Arbeitern nicht die besten Erfahrungen gemacht hat. Wenn in dem Bericht nur von „unklaren“ Angaben der Agenten über die Lohnhöhe die Rede ist, so wird es doch wohl hier auch nicht anders sein, als daß man eben Versprechungen gemacht hat, die man später nicht halten konnte oder halten wollte. Auch hier muß erwähnt werden, daß die Arbeiter es vermeiden, dem Inspektionsbeamten während seiner Anwesenheit auf den Gruben ihre Anliegen vorzutragen, sondern sie weisen in den Diensträumen der Berginspektion erledigen. Eine unverschämte Arbeiterin beschwerte sich bei der Berginspektion darüber, daß ein Beamter des Werkes in das Bad der Arbeiterinnen, während sie sich auszog, mit Gewalt habe einbringen wollen. Die angestellten Fördererinnen haben ergeben, daß zu einem Einschreiten gegen den Beamten keine Veranlassung vorlag. Dagegen erhob man, daß sich die Arbeiterin auf dem Werke bereits mehrfach sitzlich nicht einwandfrei benommen habe. Die Arbeiterin ist kurze Zeit nach dem erwähnten Vorkommnisse von der Betriebsleitung entlassen worden. Uns will die Geschichte nicht so recht einleuchten. Entweder ist es wahr, was die Arbeiterin angezeigt hat, dann müßte der Beamte bestraft werden, oder es ist nicht wahr und dann hätte das Mädchen wegen falscher Anschuldigungen bestraft oder sofort entlassen werden müssen. Die Anschuldigung gegen den Beamten war doch gewiß immerhin eine sehr schwere. Auf einem Werk wurde gelegentlich dreier Sonntagsrevisionen festgesetzt, daß die Ausfahrt der Samstag-Nachtschicht bis über 6 Uhr Sonntags morgens dauerte und daß die Sonntagsruhe weniger als 24 Stunden betrug. Wegen dieser Uebertretung wurde die ige erfaßt, worüber die Entscheidung noch ausstand. Zugelassen wird, daß an Sonn- und Festtagen Arbeiten in großer

Zahl vorgenommen werden. Erwähnenswert ist die Mitteilung über den tödlichen Unfall eines jugendlichen Arbeiters. Der betreffende, ein Schmeldelehrling, förderte mit einem anderen Arbeiter einen mit Eisenspänen beladenen Hund über eine Holzbrücke. Gleichzeitig wurden noch vier andere ebenfalls mit Eisenspänen beladene Hunde über die Brücke gestoben. Da die Brücke zu einer herartigen Belastung nicht bestimmt, brach sie zusammen, während noch vier Hunde sich auf derselben befanden. Der erwähnte jugendliche Arbeiter stürzte mit herab und trat durch die schweren Verletzungen der Tod auf der Stelle ein. Die Erörterung der zuständigen Staatsanwaltschaft hat ergeben, daß es unwürdig ist, gleichzeitig fünf schwere Hunde über die Brücke zu stoßen. Weshalb der beteiligte Arbeiter aber die Schuld hierfür beizumessen ist, konnte nicht ermittelt werden!

Wir fragen: Kommen denn die Arbeiter hier überhaupt als Schuldige in Frage? Der Arbeiter kann doch unmöglich bei der Ausübung seines Berufes erst prüfen, ob Brücken, Bauten usw. auch den an sie gestellten Anforderungen genügen? Hier konnte nur der in Frage kommende verantwortliche Beamte zur Rechenschaft gezogen werden. Auf 1000 Mann der Gesamtbelegschaft einschließlich der Beamten entfielen rund 161 Unfälle bei 152 im Jahre 1906 und 188 im Jahre 1905.

Im Inspektionsber. Zwickau I wird im Berichte erwähnt, daß trotz der vom 1. Dezember 1906 ab gewährten Teuerungszulage und einer Erhöhung des Schichtlohnes es im ersten halben Jahre zu Lohnstillsetzungen gekommen ist, die aber insofern ruhig verließen, als die „Anzusiedler“ nach Westfalen abwanderten. Wir wollen nur bemerken, daß uns wohl von einer Teuerungszulage, aber nichts von einer gleichzeitigen Schichtlohnzulage bekannt ist. Auch der Bericht über Inspektionsbezirk Zwickau II weist auf die im April wieder ausgebrochene Lohnbewegung hin. Nachdem die von den Arbeiterausschüssen an die Werksverwaltungen eingereichten Forderungen aufgezählt sind, wird mitgeteilt, zu was sich die Werke bereit erklärten:

1. Zu einer Aufbesserung des Schichtlohnes um 5—25 Pfg., sowie zu einer entsprechenden Erhöhung der Gehaltsätze und
 2. zu einer Verkürzung der Schichtzeit auf 10—10 1/2 Stunden durch Errechnung der Ein- bezw. Ausfahrzeit in dieselbe.
- Ein Werk übernahm dafür, daß die Belegschaft die 10 1/2 Stunden-Schicht beibehielt, auch den von den Arbeitern zu tragenden Teil der Knappschaftspensionsklassenbeiträge, und zwei Gruben, bei denen bisher die regelmäßige Selbstführung noch nicht bezw. nur zur Ausfahrt genehmigt war, haben dieselbe nunmehr eingeführt.

Wir haben die „Bewilligungen“ nur deshalb noch einmal angeführt, um die adäquate Lächerlichkeit des Zwickauer Gruubekapitals von neuem zu kennzeichnen. Die zehnständige Schichtzeit, welche schon vor nunmehr fast 20 Jahren einmal bewilligt wurde, bewilligt man heute gnädigst noch einmal und zwar sogar die 10 1/2 stündige! Eine skandalösere Verhöhnung der Zwickauer Bergarbeiter kann es nicht geben, als wie wir sie hier erleben! Auf der einen Seite teilt man angebliche Wohlthaten aus, indem man für die Arbeiter Beiträge bezahlt, auf der anderen Seite heißt es eine halbe Stunde länger schuften, um — — — nun um die gezeichneten Beiträge dem Unternehmer wieder zu verdienen.

Wer dieses Gebahren noch nicht begreift, mag sich ruhig begraben lassen. Die Unfälle haben in diesem Bezirk gegen das Vorjahr um ein kleines abgenommen. Im allgemeinen zeigen die Berichte, daß für die vorwärtstreibenden Bergarbeiter noch ein großes Stück Arbeit zu leisten ist. Revisionen und Unfalluntersuchungen fanden insgesamt 2666-statt, darunter in der Nacht 47, an Sonn- und Festtagen 64. Die Zahl der einmal revidierten Werke betrug 29; zweimal wurden 22 Werke und drei- und mehrmals 118 Werke revidiert. Unfalluntersuchungen wurden 874 vorgenommen. Die Zahl der Revisionen erscheint als eine ziemlich hohe und ist hier zweifellos ein großes Stück Arbeit geleistet worden. Wenn man aber bedenkt, daß sehr oft fünf bis sechs und noch mehr Revisionen notwendig sind, bevor man die räumlich weit ausgedehnten Anlagen eines Werkes einmal in ihrer Gesamtheit untersuchen kann, so genügen eben die Revisionen bei weitem noch nicht. Der Bergbau mit seinen vielfachen Gefahren verlangt eben eine doppelte Kontrolle, wenn Leben und Gesundheit der Arbeiter besser geschützt werden sollen, als wie es bisher der Fall ist. Weil alle Bergleute davon überzeugt sind, daß die heutige Berginspektion trotz Anbiederung aller Kräfte nicht in der Lage ist, diese Aufgabe zu lösen, müssen wir nach wie vor unsere Forderung auf Einführung von Gruubenkontrollen aus den Kreisen der Arbeiter als das unbedingt notwendigste bezeichnen. Dann erst würde das Wort „Arbeiterschug“ im Bergbau keine leere Phrase mehr sein.

Daß diese Forderung bald erfüllt wird, muß das Streben aller Bergarbeiter sein!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Folgen der Zoll- und Wucherpolitik.

Wie viele andere Handelskammern, so klagt auch die Straßburger Handelskammer in ihrem Bericht für das Jahr 1907 über die Folgen der Zoll- und Wucherpolitik, wie sie in den letzten Jahren in Deutschland getrieben wurde. Das Kohlenpreisdikt und andere große Rohstoffartikel werden der Preischauberei beschuldigt.

Wie es von den Vertretern der Unternehmer nicht anders erwartet werden kann, hat natürlich auch die Steigerung der Arbeitslöhne „äußerst ungünstig“ auf die Ergebnisse der Industrie eingewirkt, aber der Bericht ist ehrlich und objektiv genug, als Ursache für die Erhöhung der Arbeitslöhne, die andauernde, zum Teil gegen das Vorjahr noch verschärfte Teuerung der Lebensmittel“ anzugeben. Mit Ausnahme der Fleischpreise, die zwar durchschnittlich etwas niedriger als im Vorjahre waren, aber immer noch einen sehr hohen Stand behaupteten, seien alle anderen Nahrungsmittel im Preise weiter gestiegen. Das Brot habe unter dem Einfluß der hohen Getreidepreise auf dem Weltmarkte und dem jetzt erst zum Ausdruck gekommenen erhöhten Getreidezoll einen seit langem nicht gesehenen Preisstand erreicht, den es auch heute noch behauptet. Wenn auch in den ersten Monaten des Jahres sich der Konsum noch recht aufnahmefähig erwiesen habe, sei doch schon um die Mitte des Jahres ein Rückschlag eingetreten.

Die Landwirtschaft befiel sich in sehr günstiger Lage. „Der Getreidebau war dank der guten Ernte und des hohen Preises sehr lohnend.“ Die Ergebnisse der Weinerte und des Tabak- und Hopfenbaues seien nicht ungünstig gewesen, vor allem aber habe die Viehzucht günstige Resultate erzielt. „Die Lage der Landwirtschaft scheint sich überhaupt gegen früher ganz bedeutend gebessert zu haben.“ Leider nicht infolge natürlicher Umstände, sondern auf Kosten anderer großer, der industriellen Bevölkerungsschichten, fügen wir hinzu. Nachdem der Bericht noch die Lage einzelner Industriezweige kurz geschildert, sagt er: „Das Exportgeschäft war im Berichtsjahre bei den meisten Industrie- und Handelszweigen unbefriedigend. Es fiel dies allerdings für die Gesamtzahl unserer Bezirke weniger schwer ins Gewicht, so lange sich der inländische Markt noch als aufnahmefähig erwies. Erst nachdem hier der Rückschlag eingetreten war, übten, wie erwartet worden, die durch die Neuordnung der Zollverhältnisse geschaffenen Erschwerungen ihre volle Wirkung aus. Verteuerung vieler Rohstoffe der Industrie, allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und damit der Löhne einerseits, Erschwerung der Ausfuhr durch hohe Auslandszölle andererseits, das ist das jetzt immer klarer zutage tretende Ergebnis der deutschen Handelspolitik der letzten Jahre, ein Ergebnis, das für Handel und Gewerbe dadurch bei weitem nicht ausgleichlich wird, daß die von dieser Politik fast allein Nutzen ziehende landwirtschaftliche Bevölkerung sich jetzt tag- für tag zeigt als früher. Die Aussichten für die Zukunft sind deshalb in die Ernährungsstände keineswegs erfreulich, zumal auch die Steuerpolitik des Reiches wie der Einzelstaaten auf eine weitere Belastung derselben Stände hinausgeht.“

Wir empfehlen den christlichen Gewerkschaftsagitatoren diese Darlegungen als Agitationsmaterial. Sie waren es ja, die die christlichen Arbeiter mit Gewalt in den Zoll- und Wucherfaren einspannten, damit das Groskapital und das Junkertum Goldernien halten konnten!

Zentralische Verhöhnung der Industriearbeiter!

Wenn es sich um agrarische Interessen handelt, wenn sich die Landwirter und die Großbauern auf Kosten des Landes und der Arbeiter die Taschen füllen wollen, dann weisen sie auf den „enormen Wohlstand der Industriearbeiter“ hin. So war es auch bei den Debatten, als der Reichstag zur Beratung stand. Die städtischen wie die Industriearbeiter seien besser gestellt, als die Bauern, so hieß es. Und darum wurde das arbeitende Volk mit seiner Zoll- und Steuerlast beglückt, die gerade jetzt in der Zeit der Krise besonders drückend empfunden wird. Aber man kann auch anders. So lesen wir in der zentralischen agrarischen „Mittelständischen Volksstimme“ die folgenden aus der gleichfalls zentralistischen „Eichsfelder“ zustimmend abgedruckten Sätze:

„Der Landmann, der nie Gelegenheit hat, hinter die Kulissen der städtischen Genossen zu schauen und das himmelstreichende Glanz des städtischen Proletariats kennen zu lernen, sieht nur die Lichtseiten und wird dadurch neugierig und listern gemacht; er verläßt das ruhige Landleben, in dem er die Sorge und Not wohl kaum kennen gelernt hat, um im Strome der Großstadt unterzutauschen, wo er dann gewöhnlich sehr schnell immer tiefer sinkt, denn die glänzenden Verschönerungen und Bereicherungen seiner Kameraden erwiesen sich als lauter Schaum und Dampf, von denen nichts übrig blieb, als die große Enttäuschung. Statt des erhofften Gewinnes hat der Mann allein in wirtschaftlicher Beziehung großen Schaden erlitten, ungerichtet den gesundheitlichen Schaden, den er und seine Familienangehörigen davongetragen. Sehen wir uns die wirtschaftliche Stellung der beiden Arbeiterkategorien einmal näher an; Zahlen beweisen. Ein Industriearbeiter verdient durchschnittlich 3 Mk. pro Tag, das bringt in einem Jahre 900 Mk. Von dieser Summe sind die Familie zu ernähren, sowie familiäre Ausgaben, wie Miete usw. zu bestreiten; berechnen wir die letztere mit 160 Mk., so bleiben noch 740 Mk. für den Lebensunterhalt übrig.“

Warum hat das Organ sich nicht der Not erbarmt in jenen berückelungen Abentagen des Jahres 1902? Nun, wir kennen die Absicht. Es gilt die ländlichen Arbeiter vor dem Zug in die Stadt zu schrecken und da löst man eben einen anderen Ton. Sobald aber der Landwirtschaft zugemutet würde, daß sie bei späteren Steuer- oder Zollgesetzen zugunsten der armen Industriearbeiter von ihren Forderungen ablassen möchte, dann werden wir wieder den „hohen Rang von dem Reichtum der Industriearbeiter“ hören. Etelhaftes Geschmeiß das, diese „frommen“ Nimmersatten.

Zur Reform der Berginspektion.

Reiseexplosion auf Grube Laura Holland.

Dienstag, den 15. September morgens gegen 8 Uhr erfolgte auf Grube Laura bei Eyselshoven ein holländischer Grenzort in der Nähe von Aachen eine gewaltige Reiseexplosion. Die Explosion war so stark, daß der explodierende Kessel die nebenliegenden Kessel bis zu 100 Meter weit weg schleuderte. Ein Teil des explodierenden Kessels stieg bis 500 Meter weit. Sieben Arbeiter, darunter ein Aufseher sind tot geblieben. Fünf schwer Verletzte liegen noch im Krankenhaus in Geelen. Das Kesselhaus war ein Neubau mit stoffloser Eisenkonstruktion. Die Frontmauer und das Dach sind mit fortgerissen. Die eisernen Balken des Dachstuhls sind getrübt und gebogen wie Strohhalme. Der ganze Grubenplatz gleicht einem Schutthaufen. Daß auf dem Unglücksplatze sich die herzerzitternden Szenen abspielten, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Der ganze Betrieb mußte eingestellt werden. Nur eine Wasserpumpe, die durch elektrische Kraft getrieben wird ist noch in Tätigkeit. Auf dem Unglücksplatze sahen wir drei Anschläge. Der eine enthielt die Namen der Toten: Wegel, Gevermond; Kemmerling, Munsbach; Nijgen, Pain; Creus, Neuenhagen; Schover, Hanbroich; Diegen, Altrade und die Bestattungsgesellschaft, daß dieselben am Freitag den 18. September beerdigt würden. Nach dem zweiten Anschläge glaubt die Grubenverwaltung in kurzer Zeit den Betrieb wieder aufnehmen zu können. Die gegen 700 Mann starke Belegschaft soll auf den Gruben im Bummelrevier und den benachbarten holländischen Gruben beschäftigt werden. Der dritte Anschlag enthielt ein Beileids-telegramm der Königin von Holland. Die Aufräumungsarbeiten werden mit allem Fleiß betrieben. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden, wird auch wohl ein Geheimnis bleiben. Die Verschüttung der Unglücksstätte ist jedem gestattet. Es befindet sich ständig massenhaftes Pflaster von Holz und Eisen auf dem Grubenplatze. Automobile, Autoswagen und Fahrräder stehen in Masse um den Grubenplatz herum. Die Beamten, die gleich den Arbeitern mit tätig sind, sind den Fragenben sehr entgegenkommend. Das Werk soll bei der Aachen-Münchener Versicherungsgesellschaft versichert sein. Besitzer des Werkes ist eine belgische Aktiengesellschaft. Vor zwei Jahren hat die Grube zweimal kurz hintereinander wegen Wasserausbruch stillgelegt werden müssen. Die Aktionäre werden ihren Schaden schon bald ausgeweht haben. Wer aber gibt den armen unglücklichen Familien ihre Ernährer und Erzieher zurück?

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Beckenstilllegung!

In der vor mehreren Tagen in Essen stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaft der Beche Altdorf an der Ruhr wurde mit 486 gegen 174 Stimmen beschlossen, allmählich die Betriebsstilllegung und die Stilllegung der Beche Altdorf vorzunehmen. Gegen die Stilllegung wendeten sich vornehmlich die in der Altdorfer Gegend ansässigen Gewerker. Als Ursache der Stilllegung werden vornehmlich die Störungen in den Flözen angegeben, die eine Rentabilität der Beche nicht mehr aufkommen lassen. Wegen des Verkaufes der Beche bezw. ihrer Beteiligungsziffer beim Syndikat hätten zwar Verhandlungen geschwebt, die sich aber zerschlugen. Was die Beckenstilllegung für Altdorf und Umgebung bedeutet, zeigt, daß auf genanntem Werke die Belegschaftsziffer in den letzten Jahren durchschnittlich 7—800 Mann betrug. Die Arbeiter der Beche Altdorf wie die Bürger der Umgebung dürften gut tun, sich mit der Frage der Beckenstilllegung einmal näher zu befassen. Uns scheint, als wäre der Hinweis auf die Flözstörungen als Ursache der Beckenstilllegung recht hinfällig, da die Förderungsquote noch auf einer Höhe stand, die an sich eine Stilllegung immer noch nicht bedingte.

Aus den Unternehmerverbänden.

Die Rettung durch den Sozialismus!

Daß in den Kreisen der Handwerker allmählich die Erkenntnis aufdämmert, daß alle Versprechungen durch sogenannte Mittelständler, das Handwerk haben zu können, eitel Humbug sind, und daß das Handwerk unter den Märdern der Großindustrie nur ein elendes Scheinbrot führt, das zeigt eine Aufschrift, die ein Böttchermeister an das Publikationsorgan des Bundes deutscher Böttcherrinnungen, die „Allgemeine Böttchergewerkschaft“, gerichtet hat, und die also lautet:

„Es wird uns Böttcherrn geraten, einen Verband zu schließen. Dieser Weg ist meiner Ansicht nach grundfalsch, denn dann würden uns die Großfabrikanten mit ihren billigen Preisen erst recht abwürgen. Der einzige Weg ist der, zum Sozialismus überzugehen und dem Kapitalismus den Krieg zu erklären. Gerade der Kapitalismus ist es, der alles unterdrückt, keine Barmherzigkeit kennt, den Menschen auf's äußerste treibt und sogar zum Verbrecher werden läßt. Werter Kollege! Ich bin nun schon 23 Jahre in Kassehnen als Böttcher tätig und seit dieser Zeit sind an 15 selbstständige Böttcher zugrunde gegangen, welche letztere, um nicht dem Hungertode entgegenzugehen, gezwungen worden sind, als Lohnsklaven in Fabriken zu arbeiten. Auf's tiefste muß ich es bedauern, daß die selbstständigen Meister sich schämen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, und hierin sehe ich auch die Ursache, weshalb denselben nicht geholfen werden kann. In der heutigen Zeit, in der die Industrie alles beherrscht, ist der Sozialismus die einzige Rettung für die Menschheit, aber leider besteht die Tatsache, daß die Meister fast ohne Ausnahme am Patriotismus festhalten. Doch die Zeit der Not wird sie das Richtige erkennen lernen, müßen sie die Sozialdemokraten als noch so gott- und vaterlandslos beschimpfen. Die kapitalistischen Zustände in der bestehenden Form sind nicht mehr zu ertragen und mit Menschenwürde gehen sie ihrem Untergange entgegen. Wer das politische Feld überschaut, wird sich sagen müssen, daß es auf diese Weise nicht mehr weiter gehen kann.“

G. Watter, Böttchermmeister, Kassehnen.

Dieser Notschrei dürfte schon von manchem Handwerkermeister ausgeht...

Solidarität und Disziplin in den Unternehmerverbänden.

Dass die Bildung oder Erneuerung von Unternehmervereinigungen, wie Kartelle, Syndikate usw. nicht immer eine leichte Aufgabe ist...

Der Industriezweig hat die Vorteile des Verbandes erfahren, die Preise haben sich gebessert, die Beschäftigung ist stetiger und regelmäßiger geworden...

Zu jenen Schlangen, die aus lauter Superklugheit einen Verband zum Scheitern bringen können, gesellen sich dann die Gewalt- und Kraftmenschen...

Die letzten Ausführungen gelten dem feindlich-industriellen Grafen Fendel von Donnermarkt...

Die Grenzen der Gebuld waren erreicht; die Ehre erforderte den Krieg. Er wird die Verheerungen des Krieges bringen...

Und alles das muß ein Blatt über die Solidarität und die Disziplin innerhalb der Werkstättenkreise schreiben...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine feine Charakterisierung der Hirsch-Dunderschen gibt der Fabrikationsbericht der 131stigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1907...

Die Fabrikation vermochte mit Hilfe der verbliebenen Arbeiter, die teilweise der freien Vereinigung deutscher Metallarbeiter...

Auf Seite 132 werden die selben charakterisiert und dann gesagt: „Technische Ziele verfolgt der Hirsch-Dundersche Gewerkeverein, der in Dresden ebenfalls einen Ortsverein besitzt...“

Sie sind also erkannt, selbst von den Gewerkaufsichtsbeamten, die Herren Hirsch-Dunderschen. Für einen Kundigen ist diese Charakterisierung der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine übrigens nichts neues...

Die Gewerkschaftskrisen unter sich.

Der bekannte Zentrumsmann Molz, der bei der vorletzten Reichstagswahl dem Zentrum den Wahlkreis Duisburg-Oberhausen erobert...

In der euer jüngsten Nummer der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ wird auf diese christlichen Abgelenker erwidert, Herr Molz möge nach so gutem und schreien, der Beschluß des Verbandes werde schließlich doch erfolgen...

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Auf eine vierzigjährige Tätigkeit

blickt der Schedewitzer Konsumverein, einer der größten Sachsens. Zentrumsvereine, zurück, wenn man die Entwicklung dieses Vereins...

Am 1. Oktober 1871 erfolgte die Aufstellung des ersten Geschäftsführers, zu gleicher Zeit wurde die Zigarettenfabrikation eingeführt...

Die Delegierten der Zwickauer Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes dürften sich noch der Besichtigung der Einrichtungen des Schedewitzer Konsumvereins erinnern.

Internationale Rundschau.

Englischer Brief.

London, 17. September 1908.

Der in der vergangenen Woche in Nottingham abgehaltene britische Gewerkschaftskongress hat kaum etwas Neues gezeitigt. Man kann vielmehr sagen, daß der Einfluß des Kongresses von Jahr zu Jahr abnimmt...

Die Kongressverhandlungen standen unter dem Eindruck der riesig anwachsenden Arbeitslosigkeit. Aus allen Reden kam dieser Notschrei, der unter der kapitalistischen Produktionsanarchie leidenden Arbeiter...

zweiflung getrieben; es sind häufige Zusammenstöße zwischen ihnen und der Polizei vorgekommen. Am drohendsten steht es in Manchester aus...

Fortschritte in der internationalen Organisation der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande.

Die I. T. F. bestand am 1. Juni 1908 aus 22 Organisationen mit 207 231 Mitgliedern in 13 Ländern. Am 1. Juli 1908 zählte die I. T. F. 44 Organisationen mit 408 620 Mitgliedern in 18 Ländern...

Table with 2 columns: Country and Seelente. Includes entries for America, Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Ungarn, Vereinigte Staaten.

Straßenbahner, Fuhrleute und andere Transportarbeiter.

Table with 2 columns: Country and Seelente. Includes entries for Belgien, Deutschland, England, Italien, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Ungarn, Vereinigte Staaten.

Eisenbahner.

Table with 2 columns: Country and Seelente. Includes entries for Argentinien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Ungarn, Vereinigte Staaten.

Die Fortschritte der Internationalen halten an. Stärken wir die nationale Organisation, fördern wir auch die internationale Bewegung.

Knappschäftliches.

Aus dem Jahresbericht des Niedersächsischen Knappschäftsvereins für 1907.

Der soeben herausgegeben worden ist, geht vor allen Dingen hervor, daß sich der Gesundheitszustand der Bergarbeiter im letzten Jahre außerordentlich verschlechtert hat. Gegen Krankheitsgefahr behandelt wurden im Bezirk Waldburg 71,20 Proz. (gegen 63,01 Proz. im Vorjahre)...

Bodum. Unter Bezugnahme auf den unter „Reddinghausen“ erschienenen Artikel auf Seite 5 der Nr. 35 Ihrer Zeitung vom 20. d. M. über dreimalige Kürzung von Karenztagen während einer Krankheitszeit...

Die Feststellungen, ob mißglückter Arbeitsversuch vorliegt, werden in derartigen Fällen dann von unserem Hauptbureau gemacht. So ist es auch hier geschehen. Am 10. März 1908 ging die entsprechende Vorlage von dem zuständigen Zweigbureau hier ein. Nachdem die hierauf eingeleiteten Ermittlungen...

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beche Hannibal (Schacht II). Auf dieser Beche ist die Jagd nach Kohlen ganz scharf und es werden Leberfische draus und drunter verschaffen. Ist es doch vorgekommen, daß in der ersten Woche im September jedes Revier vollgesetzt hat, das heißt in Leberfischen und Freitagen fuhr die ganze Belegschaft zur Leberfischerei wieder an...

die Woche hindurch die Schichtzeit um 1/2-1/4 Stunden verlängert. Das ist doch ein unbilliger Zustand, der muß doch beseitigt werden! Das Gehlunge ist überall heruntergeregelt worden, das heißt man viel Lieberlichkeiten verfahren. Ist es doch vorgekommen, daß Bauer vor der Probe im Flöz 22 sechs bis sieben Lieberlichkeiten gemacht haben, das ist doch geschicklich unzulässig. Auch könnte der Betriebsführer beim Bedingemachen etwas höflicher sein. Er kommt nämlich und sagt: „Das kriegt ihr und damit basta!“ Einwendungen dürfen, so scheint uns, nicht gemacht werden. Hier muß auch endlich ein Wort mitgeredet werden.

Beide Karolinenplätze. Der Solmanger auf dieser Beche scheint eine feste Krankheit zu sein. Besonders ist dies im Revier des Steigers W. der Fall. Wenn übrigens das Holz in die Grube kommt, bleibt es vor im Querschlag liegen. Dann geht die Lagerlei los; einer will früher als der andere da sein und wenn man Holz haben will, ist man oft gezwungen, halbe Schichten dabei zu verzeüßeln. Davon will aber Steiger W. nichts wissen. Es ginge doch auch, wenn genügend Holz am nächsten Brennsberg oder Wulfsberg vorhanden wäre. Die Arbeiter haben damit noch Laft genug, es vor die Arbeitsstelle zu bekommen. Das Wagen-nutzen (S) scheint wieder ganz erheblich im Schwung zu sein. Täglich sieht man einen stischen Zettel, nicht zu knapp mit Nummern besetzt, am schwarzen Brett prägen. In letzter Zeit ist ein ganz eigenartiges Kulturdokument zu sehen, das folgenden Inhalt hat: „Es ist in letzter Zeit die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Förderung unzeitlich und nicht voll geladener Förderwagen immer mehr zunimmt. Sollte sich dies nicht ändern, so sehen wir uns gezwungen, mit härteren Strafen, eventuell sofortigen Entlassungen vorzugehen.“ Eine Spekulation auf die Dummheit der Bergarbeiter!

Beide Karolinenplätze. Diese Beche scheint, was die Ordnung im Schacht betrifft, keine Musterbeche zu sein. Am 17. September konnte mittags die Leuteförderung nicht stattfinden, denn das Förderseil war schadhaft geworden. Nun hieß es klatschen, denn eine andere Einrichtung ist hier nicht vorhanden. Das war aber nicht so einfach. Am alten Schacht herauszuklettern, sürchtete sich die Mehrzahl der Stumpeln. Sie hatten schon traurige Erfahrungen damit gemacht. Das Wasser gleit hier förmlich in Strömen nieder. So versammelten sich die meisten Kameraden am Förderseil. Was zur besten Sohle war alles ziemlich in Ordnung, aber von hier aus bis zu Tage ist ein wahrer Mattenflüßig von Mistfäden vorhanden. Die Wägen sind mit Steinen besetzt, die jeden Augenblick herunterfallen können, der Verkehr zwischen Förderseil und Fahrseil ist unvollständig, an den Fahrten fehlten meistens Teile, zum Teil waren die noch vorhandenen ganz verrostet, auch hängen einige Fahrten lose, so daß sie umfallen, wenn man sich nicht vorfleht. Eine Reihe von Fahrten sind in bereit dreifachen, verrostetem Zustande, das man ausseht, als wäre man durch Jauche geschleppt worden. Hier ist wohl sicher noch niemals ein Beamter der Bergpolizeibehörde durchgedrungen. Wie lange übrigens diese traurige Fahrt gedauert hat, beweist folgendes: Von 2 1/2 Uhr an ein Schacht gewartet bis 4 1/2 Uhr, dann zwei Stunden in diesem Musterseil herumgetorkelt, bis man endlich um 1/4 Uhr am Tage war. Es waren aber noch eine Anzahl Kameraden zurück, so daß die letzten kaum vor 7 Uhr herauskommen sein dürften. Wie wir hören, soll es bloß Abendachtstschicht geben. Die Stumpeln werden eben immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt.

Beide Mont Ceis (Schacht I). Vor zwei Monaten ging man dazu über, die Waschkasse zu verändern, aber so, daß man die Kassen so eng aneinander machte, daß die Kleider häufig auf dem Nebenbahnen hängen bleiben. Dann kann der betreffende Arbeiter suden, wo sein Zeug geblieben ist. Unten sieht es aus wie ein Ameisenhaufen und jeder ist froh, wenn er wieder glücklich aus der Kasse heraus ist. Nun sind ja auch vorläufig die Kassen nicht nummeriert, was wohl erklärlich ist, da der Umbau erst fertig werden muß. Auch das führt häufig zu Unzuträglichkeiten. Mirzlich stand ein Mann da, der überhaupt keinen Anzug mehr fand. Alles dies muß doch Veranlassung geben, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, daß wieder geordnete Zustände eintreten. Aber selber ist das Gegenteil davon der Fall. Man beacht vor vier Wochen den vierten Teil der alten Kassen ab, die betreffenden Arbeiter vertreiben sich in den „Ameisenhaufen“ der andern Seite und nun hat der leitende Meister Mühe. Die Kasse liegt seit der Zeit in einem recht hoffnungslosen Zustande und kein Mensch kümmert sich darum. Man sollte doch wissen als leitender Meister, daß wenn man einen Abbruch unternimmt, auch genügend Material vorhanden sein muß. Auch konnte das alte Material an den Wänden abgehoben werden, daß man sich bei dem Gebrauche etwas Schutz an der Wand holen kann, jetzt stößt man sich die Rippen kaput. Wir laden den betreffenden Leiter der Arbeit hiermit ein, sich des Mittags einmal eine halbe Stunde in der Kasse aufzuhalten, um hier die nötigen Kenntnisse zu sammeln. Es wird doch bald Zeit, daß die Kasse einmal fertig wird.

Beide Mont Ceis, Schacht I. Durch zu frühes Losgehen eines Sprengschusses sind Freitag in der Morgenschicht zwei Mann schwer und ein Mann leicht verletzt. Das Unglück passierte im Revier des Steigers Fink. Ob jemanden ein Verzeichnis trifft, ist noch nicht bekannt.

Beide Neumühl. In letzter Zeit sind hier wiederholt größere und kleinere Transporte von Arbeitern aus aller Herren Länder angekommen und nun glaubt man mit den Arbeitern machen zu können, was man will. Schreiber dieser Zeilen ist schon fünf Jahre auf diesem Pütt, aber rigorosere Bedingebahüge wie in der letzten Zeit sind ihm doch was neues. „Ein Beispiel“: Auf der zweiten Sohle, im Revier 11, Flöz I, war eine Kameradschaft von acht Mann an einer schwebenden Stredde mit Luftüberbau beschäftigt, der Berg, wie man unter Kameraden sagt, muß mit neunfünftigen, eichenen Kappen ausgebaut werden. Diefelben müssen in letzter Zeit auch noch mit einem Drahtseil beschlagen werden, was nichts vergütet wird, was aber sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Das Fahrüberbau wird mit fünfünftigen Kappen ausgebaut aber sechs Fuß hoch. Das Flöz ist ungefähr zweieinhalb Fuß stark. Das Bedingebau stand nun 1,80 M. für den Wagen, für die Steine und sonstigen Nebenarbeiten gab es nichts. Bei diesem Bedingebau war es eben möglich, bei fleißigem arbeiten einen anständigen Lohn zu verdienen. Vonseiten des Herrn Betriebsführers Bredendurt wurden auch nur dreieinhalb Wagen pro Mann und Schicht gefordert. Nun kommt vorigen Monat am 26. der Betriebsführer und der Fahrsteiger Schäfer an die Arbeit, sie befehlen sie sich, finden sie nach ihrer Meinung nicht in Ordnung und treffen demgemäß ihre Anordnungen. Sie unterhalten sich über das hohe Bedingebau welches hier stehen soll, der Fahrsteiger will nur 1,40 M. geben, der Betriebsführer 1,50 M. Nun waren die Kameraden gespannt, was wohl der 1. September bringen würde, weil auch der Steiger anderen Tages Anordnungen machte, daß die Arbeit hier viel billiger gemacht werden könnte. Und richtig, am 1. September kommt der Steiger und bietet auf Befehl des Betriebsführers 1,50 für den Wagen an. Auf alle Vorstellungen und Beschwerden, die vonseiten der empörten Kameraden erhoben wurden, hatte man weiter nichts als Hohn und Spott. Der Steiger Driefmann erklärte einfach dem Letzten, welcher mit dem Vergewerbecricht drohte, „der Betriebsführer kann in dieser Sache tun was er will“. Hoffentlich werden sie dort eines andern belehrt werden. Aber sollte etwas anderes die Triebfeder eines solchen Handelns sein? Am 19. August war hier auf der Beche Vorstandssitzung der Steuer- und Familienkasse, sowie der Unterstützungs-kasse, an welcher auch 12 Vorstandsmitglieder und der Ausschuss teilnahmen. In dieser Sitzung nun führte Herr Betriebsführer Bredendurt in Anwesenheit des Betriebsführers Kleinbel, welcher ebenfalls ist, den Vorsitz. In dieser Eigenschaft tat er denn auch seine Pflicht im Ausuchen der Würdigen für die in Betracht kommenden Unterstützungen. Dummelanten, meinte er, und solche, welche nicht ihre regelmäßigen Schichten verlassen haben, können nichts bekommen, wobei es ja ganz ausgeschlossen ist, daß dies nachvollzogen werden kann, ob die Leute mit oder ohne Grund gefeiert haben. Denn gerade bei Fällen, in denen die Frau oder andere Familienangehörigen krank sind, ist der Rumpel gezwungen, zu feiern. Als nun noch einer vom Maitransport um Unterstützung einkam, da wurde einfach erklärt, der bekommt nichts. Er hat ja nur im Monat 16 oder 17 Schichten verfahren. Auf Vorhalten des Kameraden, daß wenn der Arzt den Mann krank geschrieben habe, mir ihn auch berücksichtigen müssen, wurde dann eingeleitet und der Betreffende bekam seine Unterstützung. Als dann noch verschiedene kleine Differenzen entstanden, wurde nach dem Vater und nach der Arbeit gefragt. Sollte dies vielleicht der Grund zu dieser, wie soll man sagen, indirekten Maßregelung sein? Vor Weihnachten 1907 wurde auf hiesiger Beche eine Statistik aufgenommen, unter anderem wurde auch gefragt, wie lange die Kameraden hier beschäftigt seien. Verschiedene Kameraden haben damals geglaubt, daß es zu Weihnachten Gratifikationen gebe, aber als kurz nach Weihnachten das Gerücht umging, daß ein Steiger der dritten Sohle gesagt haben sollte: „Die alten Gesichter sehe ich nicht mehr lange!“ da war es vielen klar, was die Erhebungen bedeuten sollten.

Beide Präfekten, Schacht II. Nirgends wird wohl mehr gestraft, als auf diesem Pütt. Wenn sich jemand verschlafen hat in der Morgenschicht — was doch menschenlich ist — wird einfach Entschuldigend zum Schichtwechsel beim R-viersteiger wird einfach nicht angenommen. Hier

herrscht das widersinnige Gesetz: Wer sich verschläft oder feiert, muß sich vor der Seilschaft melden. Wenn man sich verschlafen hat und meldet sich vor der Seilschaft, dann ist man eben zu der richtigen Zeit da und könnte anfahren, also : gegenstandslos Widesinn. Wenn jemand hier krank feiert, der wird meistens für den ersten Tag einfach wegen willkürlichen Feierns bestraft (!) Ob er sich denselben Tag einen Krankenschein geholt hat oder nicht, danach erkundigt sich der Steiger garnicht. Ob der Steiger die Paragraphen nicht kennt? Solchen groben Eigenmächtigkeiten muß doch einsehender gesteuert werden. Die Wagen können auch besser geschmiedet werden, damit sich die Schlepper nicht abzuqualen brauchen bis aufs Blut. Früher hat man noch Rücksicht auf die Pferde genommen und heute, wo man elastische Besonnoillen hat, werden die Wagen wohl überhaupt nicht mehr geschmiedet. Auf die Schlepper wird keine Rücksicht genommen. Und die munterhafte Raue Bunte auch etwas vergrößert werden. Man verwechselt schließlich Hände und Füsse noch, so eng ist man hier eingesperrt. Vom Trocknen der Grubenkleider kann in der Kasse keine Rede sein, denn dieselbe ist viel zu niedrig. Abhilfe wäre hier am Plage.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Gewerkschaft Humboldt-Walken. Auf dieser Grube haben es sich der Landrat und Bendarm zu Pflicht gemacht, die Organisation zu vernichten. Wenn die Werkverwaltung alle Anstrengungen macht, die ausübende Organisation zu gerätümmern, so findet man das begründlich. Nach langem Mühen und Drängen gelang es dem dortigen Vertrauensmann ein Lokal aufzutreiben, wo die Belegschaft ihre Notlage zwecks Abhilfe besprechen konnte. Die Versammlung verlief in der schäbsten Weise und es freuten sich die Kameraden, endlich den Weg zur Organisation beschritten zu haben. Dieses paktete jedoch dem Landrat nicht. Einige Tage später erschien schon der Bendarm Deishausen von Duitgen beim Wirt Kesse in Koppelenhagen und frug, wie er dazu komme zu solchen Kreden sein Lokal herzugeben? Ob er mal sehen wolle, daß jetzt seine Wube geschlossen würde. So, oder so ähnlich, soll sich der Herr geäußert haben. Wir meinen, daß die Güter des Befehls andere Aufgaben zu erfüllen haben, als sich um Sachen zu kümmern, die ihnen absolut nichts angehen. Die Bendarmen brauchen bei einer Arbeitslosigkeit nicht mit Wangen an den andern Tag zu denken, sondern ihr Gehalt geht ja weiter. Die Neugierde sagte auch den Obersteiger sowie den Buchhalter und sie wollten gern die Gründe für die Herausgabe des Lokals beim Lokalhaber wissen. Als der Wirt antwortete, daß er auf die Großen der Arbeiter angewiesen sei, meinte der gute Obersteiger: „Was können denn die Arbeiter verzeihen? Wenn ich mit meinen Beamten mal komme, verzeihen wir mehr wie die Arbeiter in ihren Versammlungen. Sie sind übrigens der schlechteste Wirt in der ganzen Umgebung“. Der Obersteiger scheint die finanzielle Kraft seiner Belegschaft sehr zu kennen. Er scheint zu wissen, daß mit den Wägen, die auf dem Müsterwerk gezahlt werden, keine Sprünge zu machen sind, sondern daß sie nur zum notwendigen Lebensunterhalt ausreichen. Man muß sich wundern, wie es die Kameraden fertig bringen mit einem Lohn von 2,20 bis 2,50 M. auszukommen. Sollte die Verwaltung einigermassen anständige Löhne gezahlt, so wäre die Belegschaft nicht unruhig geworden. Und daß anständige Löhne gezahlt werden können, ergibt sich aus dem Betriebsbericht für das dritte Quartal 1907/08. Die Förderung betrug 60718 Tz. (54225). Nach Zahlung der Generaluntkosten und Mischstellung der Schuldverhältnisse (Zinsen) ergibt sich für das dritte Quartal ein Betriebsüberschuss von 88854,23 M. Kameraden, seht euch den durch euren Fleiß aufgebrachtene Ueberflus an. Ist es nicht beachtend, auch mit einem Lohn von 2,50 M. nach Sanje zu schiden. Aber der Profit könnte geschmälert werden, wenn euch bei eurer langen Arbeitszeit eine Lohnerhöhung gegeben würde. Ihr seht, die Verwaltung hat ein Interesse daran, auch in eurer Gleichgültigkeit hinzuhalten, darum will sie eure Organisationslust im Keime erlöchen. Wir glauben der Herr Obersteiger sowie der Betriebsführer haben besseres zu tun, als sich um die Organisationsangelegenheiten ihrer Belegschaft zu kümmern. So schreibt die Bergpolizeiverordnung für die Braunkohlenwerke vor, daß eine Waschkasse sowie Badewannen für die Belegschaft vorhanden sein muß. Zwar wird ein Raum als Waschkasse bezeichnet, ist aber alles andere nur eine Waschkasse. Abgelegeneheit ist sozusagen nur für die Herren Beamten sowie deren Frauen vorhanden. Uns drängt sich die Frage auf: Haben die Frauen der Beamten das Baden notwendiger als die Arbeiter? (Manchmal ja. D. M.) Ist die Bergbehörde von diesen Zuständen informiert? Wir wünschen, daß hier schleunigst Abhilfe geschaffen wird, sonst werden wir Sorge für Abhilfe tragen. Ferner sind wir so naiv zu fragen: Warum ist der Belegschaft, der bergpolizeilichen Vorschrift (für die Braunkohlenwerke) gemäß, keine Bergpolizeiverordnung ausgeschrieben? Richtigt die Verwaltung, die Arbeiter würden die Rücksichtslosigkeit und Uebertretungen der Vorschriften erkennen? Hier ist es Zeit Remedur zu schaffen, oder sollen wir noch beutlicher werden. Die Belegschaft wird aber aufgefordert, so schnell wie möglich sich zu organisieren, damit die kleinen Nabelstiche, die die Verwaltung einzelnen Funktionären der Ortsverwaltung gibt, pariert und bessere Lohnverhältnisse geschaffen werden können.

Grube Witten. Schlechte Behandlung und Lohnerdrückung, das ist der Stempel, den man gegenwärtig auf hiesiger Grube überall aufgedrückt findet. Die Herren Beamten scheinen die Arbeiter nur noch als Spielball zu betrachten, anders kann man sich ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber kaum erklären. Den Schaden, den das Wasser verursacht hat, gegen allem Anschein nach die Arbeiter tragen, als ob sie schuld gewesen wären an der Erfassung der Grube. So wurden den Leuten, die zuvor immer mit 8 und 7 M. pro Schicht entlohnt wurden, in den letzten Wochen kaum 5 M. ausgezahlt. Wie ein Meister im Tagebau kürzlich äußerte, soll dieser Lohn (6 M. pro Schicht) in Zukunft noch gekürzt werden, wenn sie die Förderleute) nicht besser schaffen! Dabei steht man drei und vier Mann in ein Kolloch, läßt kein Geleise reparieren, auch wenn noch so schlecht zu fahren ist; man läßt die Wagen nicht schmieren und die Förderstredde kilometerlang werden, und da sollen dann die Leute Kohlen fördern! Zuerst wurden den Arbeitern im Tagebau I auf Bahn III 12 1/2 Pfg. pro Schlepptwagen versprochen zu zwei Mann auf einem Geleise, aber Steiger Graf sagte das Bedingebau 10 1/2 Pfg. herunter. Die Leute sollen froh sein, wenn sie jetzt bei dem Wasser 3 M. verdienen können pro Schicht. So soll sich Herr Graf kürzlich geäußert haben. Die Behandlung der Arbeiter läßt ebenfalls zu wünschen übrig. Erdreißete sich doch vor kurzem Herr Heiman vom Abraum, einem Arbeiter eine Ohreife zu geben! Klugerweise zahlte der betreffende Arbeiter Herrn Heiman den Vadenstreich mit gleicher Münze prompt zurück. Antreiberei über Antreiberei, viel fördern (viel Prämie) und wenig bezahlen, das wäre Herrn Steiger Seidl sein Ideal. Dabei schmauzt dieser Herr sowie auch Meister Strupp die Arbeiter an, wie der ostelbische Junker seine Hauskneven! Einen Arbeiter wollte Herr Seidl wegen geringfügiger Ursachen, bei denen der betreffende Arbeiter obendrein auch noch im Rechte war, sogar ohne Kündigung davonjagen. Die Mittagspause glauben die Herren ebenfalls nicht einhalten zu dürfen. Die Arbeiter brauchen sich wohl nicht satt zu essen! Wenn nur die Herren Beamten den Wagen voll haben. Die lange denken denn die Herren, daß dies so weiter gehen soll. Glauben denn die Hochmuthgeborenen, mit den Arbeitern Köhner Hämmerchen spielen zu können? Nur gemacht, ihr Herren, nur gemacht! Die Arbeiter auf Grube Witten sind nicht gekommen, mit sich lange Schindluder treiben zu lassen. Sie können und wollen gerne arbeiten, wenn sie einigermaßen für ihre Arbeit bezahlt und als Menschen behandelt werden; andernfalls aber werden sie sich zu wehren wissen, wenn man oben durchaus nicht zur Einsicht kommen will. Die Grubenverwaltung ist hiermit gewarnt, an ihr liegt es, Remedur zu schaffen und für bessere Bezahlung und Behandlung der Belegschaft Sorge zu tragen. Die Erbitterung unter den Leuten ist groß! Den auswärtigen Kameraden aber möchten wir jetzt schon raten, die W. Witten zu meiden, da man nicht wissen kann, wie sich die Sache noch zuspitzt auf hiesiger Grube.

Königreich Sachsen.

Grube R. G. Falk. Auf dem Steinkohlenwert von R. G. Falk haben sich Zustände eingebürgert, welche verdienen, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. So war es unter anderem bisher auf obigem Werke Mißus, daß von einer Ortsbelegschaft zwei Mann Nachtschicht bekommen, einer davon, der vor Ort vorarbeitet, der andere zur Reparatur oder zum Schichtlohn kommt, beide aber im Ortsbedingebau bleiben, ganz gleich, wo leichter arbeitet. Für den Betreffenden, welcher im Schichtlohn arbeitet, wurden 3,50 M. ins Bedingebau geschrieben. Wenn nun vor dem in Betracht kommenden Ort vielleicht 4,50 M. verdient werden, so muß für den Schichtlohn, der nur 3,50 M. in das Bedingebau geschrieben bekommt, aber doch auch den gleichen Lohn bekommen soll, wie die anderen vor dem Ort verdient haben, die Kameradschaft das noch fehlende (1 M.) draustegen. Nun heißt es aber: Die Bedingebau sind so gestelt, daß ein Schichtlohn ausgefallen werden kann. Ganz gut! Wie oft wird vor solchen Dertern nichts verdient. Nun ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß, wo etwas verdient wurde, nicht einmal das betreffende Schichtlohngeld, 3,50 M., in das Bedingebau geschrieben worden ist und dieser Mann, welcher an vielen Tagen keinen

Handgriff vor dem Ort getan hat, muß voll und ganz von der Ortsbelegschaft bezahlt werden. Es sucht der Herr Obersteiger Hering seine Reparaturen umsonst zu bekommen. Nicht genug damit, auch andere Schichtlohn haben noch Schichten vor dem betreffenden Ort mit bekommen. Es ist das Ort Neustadt I. Das Schauspiel, wo mehrere Schichtlohn hintergeschoben wurden, ist schon vor mehreren Dertern vorgekommen. Daß dadurch die Arbeiter jede Lust zur Arbeit verlieren, ist selbstverständlich. Trotzdem wird das nächste Mal wieder geschuftet, um etwas zu verdienen, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen einen jeden dazu. Man muß Augen- und Ohrenzeuge sein von all' der Schimperei und den Situationsen gegen den Obersteiger, wenn die Lohnbücher herauskommen und der vermutete Lohn nicht darin steht. Auf Grund der oben geschilderten Vorgänge ist man nicht in der Lage, seinen Lohn auszurechnen, da man ja nicht wissen kann, wieviel Schichtlohn ins Ortsbedingebau kommen, oder vor welchem Ort man seine Schichten ausbezahlt bekommt, wenn im Schichtlohn gearbeitet wird. Die Arbeiter wissen nichts eher von ihrem Lohnverdienst, als bis es dem gnädigen Herrn gefällt, den Lohnzettel auszukünnen, und das geht spät vor sich, oft nur einige Tage vor dem nächsten Jahrtag. Auch ist der Lohn im allgemeinen in der letzten Zeit ganz gewaltig gesunken. Wollten die Arbeiter doch einmal endlich einsehen lernen, daß alles Schimpfen und Räsonnieren nichts hilft, nur eine starke Organisation ist hier in der Lage, Wandel zu schaffen. Da die Belegschaft kaum glaubt, daß Herr Dr. Wolf mit diesen Zuständen einverstanden sein kann, so tragen hoffentlich diese Zeilen dazu bei, daß in diesen Punkten Remedur geschaffen wird, damit die Empörung und Erbitterung nicht noch tiefer in der Belegschaft Platz greift.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Unseim- und Oskarschacht. Auf den angeführten Schichten wo es viel schlechte und nasse Wetter gibt, heißt die erste Parole, immer viel fördern. Das ist der Kernpunkt, auf den die Beamten zusteuern. Auf dem Oskarschacht geht es schon so weit, daß der erste Bauer das Recht besitzt, den zweiten Bauer auf eine andere Nummer zu schicken. Wir brauchen uns aber hierüber nicht wundern, denn die Interessen der Belegschaft werden hier durch die Berliner Hochabteilung gewahrt. Wo diese sind, muß man den Mund halten, da diese Berliner Postagenten sofort alles dem Betriebsführer überbringen. So lange unfere ober-schleischen Kameraden der Berliner Richtung oder zum „Verein der nimmerwerdenden Hilfe“ halten, kann es niemals besser werden. Nur durch den Verband der Bergarbeiter Deutschlands können wir andere Verhältnisse für uns Bergleute schaffen.

Fuchsgrube. Die Zustände auf diesem Wert sind derart, daß sich schon oft die „Bergarbeiter-Zeitung“ mit diesem Pütt beschäftigen mußte. Obwohl immer nur Tatsachen angeführt worden sind, so ist die Verwaltung doch mächtig über unsere Verhältnisse in Harnisch geraten. Statt die Missethäter zu befeigen, geht man auf die Suche, um den Einsender herauszubekommen. Vielleicht um sie dann maßregeln zu können, damit glaubt man nun Mühe zu bekommen. In letzter Zeit hat man drei Kameraden, von denen man vermutete, daß sie die Uebel-täter wären, ohne Beweise in Händen zu haben, ganz einfach gemahregelt. Wir können aber heute schon versichern, daß mit solchen lächerlichen Mitteln die Grubenverwaltung den erhofften Erfolg, Grubenstillen zu schaffen, nicht einheimen wird. Wenn der Grubenverwaltung die in der „Bergarbeiter-Zeitung“ gezeichneten Bilder nicht gefallen, so muß sie sich eben bessern. Daß sich die Arbeiterseilschaft nicht so leicht ins Vordhorn jagen läßt, haben drei am 3. und 4. September aus Anlaß der Maßregelungen abgehaltene Belegschaftsversammlungen bewiesen. In allen drei Versammlungen kam die Empörung über das Vorgehen der Grubenverwaltung so recht zum Ausdruck. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute tagende stark besuchte Belegschaftsversammlung spricht den Gemüthsproben Kameraden ihre Sympathie aus. Es ist der Versammlung bekannt, daß keiner der auf Fuchsgrube und Wismarschacht Gemahregelten sich in der Arbeit etwas zu Schulden kommen ließ, daß sie vielmehr wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands der Bergarbeiter und wegen der Wahrnehmung ihrer Rechte als Menschen und Staatsbürger einlassen wurden. Darin erblickt die Versammlung einen Willkürakt der Verwaltung, gegen den sie den schärfsten Protest erhebt. Gleichzeitig geloben die Versammelten, dem brutalen System der Maßregelung zum Trotz, nach wie vor fest zu ihrer Organisation zu stehen, weil sie in ihr das beste Mittel zur Wahrnehmung ihrer Interessen erblicken.“

Der Arbeiterausschuß der konf. Fuchsgrube wurde aufgefordert, die Direktion mit dem Wortlaut der gefassten Resolution bekannt zu machen. Wie „arbeiterfreundlich“ die Grubenverwaltung vorgeht, kann man an ihren Maßnahmen beobachten. Sie scheint sich nun selbst ihrer Taten zu schämen, was das von ihr herausgegebene Flugblatt beweist. Darum sucht sie die Maßregelungen als ganz harmlos hinzustellen. Weiter wagt sie vor Eintritt in eine „Bewegung“. Daß diese künstlichen eine Wirkung zwischen der Grube hervorbringen werden, das glaubt die Verwaltung wohl selber nicht. Doch mag dem sein, wie ihm wolle. Die Bergarbeiter der konf. Fuchsgrube müssen aus dem Vorgefallenen die richtige Lehre ziehen. Ihre Aufgabe muß es sein, mit allen Kräften dahin zu arbeiten, das bis zum Eintritt einer besseren Geschäftskonjunktur alle Bergarbeiter organisiert sind. Angeichts solcher Vorkommnisse muß sich jeder Kamerad zur Aufgabe machen, für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen. Ent jeder Kamerad seine Pflicht, dann können wir sagen, die Grubenverwaltung hat das Böse gewollt, doch das Gute geschaffen.

Schulleschacht. Wie es auf einem mit Fleischstreuen besetzten Pütt zugeht, kann hier beobachtet werden. Wie überall, so werden auch hier genug Weisheiten und Sonntagsgeschichten usw. verfahren. Um die Weisheiten hinein- und herauszuschaffen zu können, müssen auch zum Bedienen der Fördermaschinen Leute bestellt werden. Diesen aber die ganze Schicht zu bezahlen, das geht nicht an, man gibt den Leuten nur zwei Zehntel Schicht. Der Fördermaschinist, nur einer ist hier bei der Menschenförderung zugegen, fördert die Leute in die Grube. Sobald dieses geschieht, kann er nach Hause gehen. Wenn des andern Morgens die Zeit zur Ausfahrt kommt, dann kommt der Betreffende wieder zur Grube und fördert die Leute heraus. In der Zeit von 9 1/2 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist weder ein Fördermaschinist, noch Anschlaglager zur Stelle. Man denke, es passiert einmal ein größeres Unglück, dann sind die Leute wie in einer Wäuselkäse gefangen. Wie oft sind manchmal nur Minuten nötig, um ein Menschenleben zu retten, hier würden Stunden vergehen, ehe an eine Rettung gedacht werden könnte. Und das alles geschieht, um nur acht Zehntel am Schichtlohn eines Maschinisten zu ersparen. Ist das nicht drittlich, ist das nicht echt reichsten gehandelt? Diese Spar-samkeit heißt sich aber noch weiter aus. So brennt auf dem großen Grubenbock bei Nacht nur eine Vogenlampe und zwar am Ausgang beim Hestelhaute. Die Folge dieser Sparjamkeit war, daß am 31. August, abends, ein Arbeiter infolge zu großer Dunkelheit in einen ausgedehnten, mehr als einen Meter tiefen Graben fiel und sich dabei die linke Wafel ausstüßte. Zu bemerken ist noch, daß der Graben schlecht verdeckt war. Daß oben genaunte Zustände vorhanden sind und abgeklärt werden müssen, haben selbst die Steiger zu. So sehen die Zustände aus auf einem Wert, wo alles vor lauter Reichstreue trieft, wo die Arbeiter einen Keindort, weil ihnen dieser ein paar Meißelgäste zur Ausschmückung eines Festlokals schenkte, tüchtig hochleben lassen. Wo bleibt der „Feierabend“, welcher sich doch seiner Schutzbestohlenen annehmen müßte? Doch Bauer, das ist etwas ganz anderes. Auch hier bleibt es dem Bergarbeiterverbande allein überlassen, die Mißstände zu kritisieren.

Süddeutschland und Reichslände.

Grube Urzweier. (Hermannschacht). Vom 1. Oktober erhalten die Kameraden Bedingebauzettel. Nur wenn ein Kamerad seine ganzen Schichten verfährt, bekommt er soviel Prämie, wie die Lohnreduktion ausmacht. S. B.: Einige Kameraden hätten 1 Markt pro Zonne Erz, vom 1. Oktober bekommen sie nur 94 Pfg. pro Zonne und wenn sie ihre Schichten alle verfahren, bekommt der Kamerad 15 Markt Prämie für den Monat. Eine nette Wirtschaft. Hier ist es aber auch bald Zeit, daß die Kameraden den alten Schlenbrian beiseite schieben und sich dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands anschließen.

Grube Ferdinand. Hier auf der Grube ist immer nach der alte Schlenbrian. Wenn die Kameraden Lohntag haben, so bekommen sie ein Blatt Papier in die Hand. Auf dieses Papier schreiben sie ihren Namen und geben es dann dem Herrn Zahlmeister und sie bekommen ihren Lohn ausgezahlt. Es wäre an der Zeit, daß auch hier Lohnbücher eingeführt würden. Die Firma Stumm, welche doch so wohlhabend sein will, könnte doch schon lange Lohnbücher eingeführt haben, wie die andern Bechen im Lothringischen Kohlengebiet und im Ruhrrevier haben.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Herr Hüstes der „Anarchist“!

In Nr. 34 der „Bergarbeiter-Zeitung“ brachten wir einen Bericht über eine Rede, die Herr Hüstes nach eigener Angabe schon hunderte Male gehalten hat. Wie entnehmen den Bericht einer der katholischen Fachzeitschriften gewogenen Berichterstattung, in der es u. a. heißt: „Die große Radikalität des Herrn Hüstes ist, zeigt eine Rede, die er am 20. Juli d. J. in einer Bergarbeiter-Versammlung in Röhrlach (Waltz) gehalten hat. In dieser Versammlung schlägt er einen monatlichen Gewerkschaftsbeitrag von 8,50 Mk. vor und zwar so lange, bis genügendes Geld vorhanden sei. Auf diese Weise würde der Gewerkschaftsbeitrag mit rund 80 000 Mitgliedern in fünf Jahren über ein Vermögen von circa 15 Millionen verfügen! Im selben Augenblicke, wo der christliche Gewerkschaftsleiter eine solche Beitragserhöhung forderte, müsse der alte Verband daselbst tun, wenn er nicht auseinandergehen wolle. Derselbe würde dann in der gleichen Zeit über ein Kapital von 20 Millionen verfügen. Mit einem Kapital von 85 Millionen könne aber die deutsche Industrie auf 20 Jahre ruiniert werden. Es müsse mit brutaler Offenheit gesagt werden, daß man des Vortrags und Hüstes mißbe.“

Wir bemerken zu dieser Rede u. a. folgendes: „Herr Hüstes muß wissen, daß Herr Hüstes mit seinen Ausführungen nicht anhängig gewesen ist. Daß er es auch sonst nicht ist, weiß jeder, der ihn kennt. Aber was zu viel ist, ist zu viel. Herr Hüstes predigt den Sozialisten einen Beitrag von 8,50 Mk. monatlich und daß zu einer Zeit, wo dem Gewerkschaftsleiter im Saarrevier wegen der Erhöhung der Beiträge von 50 Pfg. monatlich auf 40 Pfg. höchstschwerlich massenhaft Mitglieder abtraten gehen. Und da auch in anderen Revieren der Gewerkschaften entweder zurückgeht oder doch stagniert, so war es doch nicht ratsam von Hüstes, auch heute noch dem Gewerkschaftsleiter 80 000 Mitglieder zuzugewinnen. Aber er will in fünf Jahren dem Gewerkschaftsleiter 15 Millionen Markt Vermögen verschaffen und dazu bedarf, daß nicht nur der Gewerkschaftsleiter seine weiteren größeren Ausgaben für Unterhaltungen, Verwaltung, Agitation usw. haben darf, sondern ihm müssen auch 80 000 Mitglieder zugeschrieben werden. Will der Verband nicht mitwachen, so ist diesem der Untergang ganz sicher, weil Hüstes es so haben will. Noch besitzt der Verband die Stärke, die ihn nach Hüstes beschäftigt, 20 Millionen zu erziparen, wenn der Gewerkschaftsleiter 15 Millionen haben wird. Und dann werde man zusammen die Industrie auf 20 Jahre ruinieren, weil man des Vortrags und Hüstes mißbe ist. Herr Hüstes scheint wohl zu den Anarchisten und Terroristen übergegangen zu sein, weil er mit dem „Münchener Anarchisten“ auf 20 Jahre“ droht! Wir müssen da schon eingesehen, daß wir, trotzdem wir auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wohl nicht so mitmachen können, wie es Herr Hüstes christliche Sekretär des Gewerkschafts will. Unsere Kämpfe gelten nicht dem Ruin der Industrie, im Gegenteil, was wir zu erreichen suchen, kommt der Industrie zum Teil wieder zu gute. Unsere Klassenlage haben heißt auch Hebung der Industrie.“

Als Antwort auf unsere Darlegungen hat nun Herr Hüstes in Nr. 218 der „Bergarbeiter-Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der nicht der Abwehr dient, sondern in dem Hüstes den Nachweis für die Verächtlichkeit seiner Anschauungen zu führen sucht. Daran ändert auch nichts die Behauptung Hüstes, daß ihm das sozialistische Zentrum „den Ruin der Industrie auf 20 Jahre hinaus“ angehängt habe. Was der christliche Gewerkschaftsleiter in der „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt, ist doch nur die Bestätigung dessen, was Hüstes hunderte Male gesagt haben will. Er stellt folgende — seine — Grundsätze auf: „Herr Hüstes ist ein Gegner der jetzigen Unterhaltungs-Einrichtungen im Gewerkschaftsbezirk wie im Bergarbeiterverband. Diese sind zwar lobenswert, verdienen aber die Verbände zu steter Ohnmacht!“ Dann meint Hüstes in seiner kindlichen Einfalt, daß

„wenn ich nicht wüßte, daß Herr Hüstes, der spiritus rector des sozialdemokratischen Verbandes, zu dem revisionistischen Flügel der Sozialdemokratie zählt und deshalb über gewisse sozialdemokratische „Grundsätze“ lacht, könnte man ebenfalls lachen über die Verbindung der Worte Klassenkampf und Hebung der Industrie, wie es hier (siehe unsere obige Notiz, d. Red.) geschieht.“

Herr Hüstes will mit seinem Hinweis in der „Bergarbeiter-Zeitung“ nur sich als den bedeutendsten Manierkünstler den Unternehmern empfehlen, er will nicht so radikal sein wie die christlichen Gewerkschaften und deshalb behauptet er, der Klassenkampf ruiniere nicht die Industrie.“

So der christliche Mann. Selbstverständlich hat Hüstes mit dem Artikel in der „Bergarbeiter-Zeitung“ nichts zu tun. Hüstes verfaßt in sein bekanntes Stadium, wo er weiße Mäule sieht. Aber wir wollen Herrn Hüstes doch einmal fragen, wo es geschrieben steht, daß der Klassenkampf, wie ihn die Gewerkschaften führen, die Industrie ruinieren soll und wo sie schon ruiniert worden ist. Spielt Hüstes auf die sozialdemokratischen Grundsätze an, so sagen wir ihm, daß er sie erst studieren soll, ehe er davon spricht. Vom Ruin der Industrie steht in keinem marxistischen Lehrbuch etwas drin. Im Gegenteil, es soll die Industrie, die Technik und was daran hängt, noch mehr im Dienste der gesamten Menschheit wirken und nicht wie heute, daß sie hauptsächlich den Vorteilen der industriellen Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft, damit sie sich im Dienste der gesamten Menschheit entfalten können. Das ist sozialdemokratische Lehre. Und die Gewerkschaften, die darauf hinwirken, schon heute möglichst teilzunehmen an den Erträgen der Industrie, sind Förderer des Gemeinwohls und der Industrie zugleich. Wenn Hüstes das nicht einseht, dann sollte er nicht so unbescheiden sein und sich als Gewerkschaftsführer aufspielen. Dann geht ihm die Erkenntnis von der segensreichen Wirkung gewerkschaftlicher Tätigkeit auf die Industrie über seine Kraft! Doch wir tun Hüstes unrecht. Er kommt her und proklamiert einen Klassenkampf, der weit darüber hinausgeht, wie ihn die freien Gewerkschaften und selbst die Sozialdemokraten führen wollen. Er sagt in der „Bergarbeiter-Zeitung“:

„Wer hat wohl mehr an das Humanitäts- und Menschlichkeitsgefühl appelliert als wir Bergleute? Wer uns heute noch diesen Weg anzu, wird nicht ernst genommen. Wer hat mehr Eingehen an die Arbeiter und die Behörden gemacht als die Bergarbeiter. Nichts hat es uns genügt. Wohlwollend wurden wir abgewiesen. Wir haben uns an die gesetzgebende Körperschaft, den Landtag, gewandt. Die Regierung schien willig. Die reaktionäre Mehrheit (wozu auch das Zentrum gehört, Herr Hüstes! D. Red.) verzögerte die Vorlagen der Regierung. Diese mußte zu den verhandelnden Geseßen Ja und Amen sagen, weil es sonst die Mehrheit noch schlechter gemacht haben würde. (Siehe letzte Bergarbeiter-Zeitung und Knappschäftsnotiz.) Was wahrste Wort, welches der „Bergarbeiter-Zeitung“ je geschrieben, lautet dahin, daß durch die Landtagsmehrheit den Bergarbeitern „Steine statt Brot“ gegeben wurden.“

Und vom Reichstag erhofft Hüstes nichts. Strägendemonstrationen ändern kein Landtagsgesetz und es muß offen eingestanden werden, meint Hüstes, „daß uns selbst eine uns günstige Landtagsmehrheit gar nicht helfen kann, so es sich um die Verschärfung von korporativen Arbeitsverträgen und Tarifverträgen handelt. Man kann den Hiel wohl an den Reichstag führen, ihn aber nicht zwingen, daß er säuft.“

Wir sehen, Hüstes ist fertig mit jeglichem Optimismus. Er erhofft von den Parlamenten für die Bergarbeiter nichts mehr, aber auch nichts mehr von dem Appell an das Humanitätsgefühl und Menschlichkeitsgefühl! Das Privatkapital wie der Staat sind für die Verhöhnung der Bergarbeiterforderungen gleich. Darum gibt es nur einen Ausweg, die Selbsthilfe! Es ist nötig, meint Hüstes, daß die Bergarbeiterverbände mit ihren Unterhaltungs-Einrichtungen aufwachen, dafür verteidigt er auch in der „Bergarbeiter-Zeitung“ seinen Vorschlag, pro Monat 8,50 Mk. Beitrag zu erheben und zwar sollen an dieser Summe verbleiben 50 Pfg. für die Bedürfnisse der Organisation, für die 3 Mk. bekommt das Mitglied eine Karte, es steht dieselbe in ein Buch und erhält dieselbe zurück im Falle eines Streiks oder als — Unterstützung für die Witwe oder die Hinterbliebenen! Mit der Logik nimmt es Hüstes, wie wir sehen, nicht ernst. Er will Unterhaltungen abschaffen, um solche einzuführen, die der Gewerkschaft die Kasse schließlich noch mehr leeren können, wie die heutigen Unterhaltungs-Einrichtungen und doch sollen vom Gewerkschaftsleiter in fünf Jahren 14 880 000 Mk. aufgekapselt werden, um den entscheidenden Schlag gegen die Werksbesitzer zu führen und selbst — nun Herr Hüstes? Selbst wenn die Industrie auf zwanzig Jahre hinaus ruiniert wird! Auch dann, wenn der Bergarbeiterverband 100 000 Mitglieder (es sind doch etwas mehr da, d. Red.) und der Gewerkschaftsleiter 80 000 Mitglieder (es sind doch etwas weniger da, d. Red.) hätte. Was mit den Unorganisierten geschieht,

darüber gerichtet sich Hüstes nicht den Kopf. Nur die Mitglieder erhalten ihr Geld zurück. In fünf Jahren führt Hüstes einen verachtlichen Kladderadatsch herbei, daß er mit einem Schläge alles hat, was ihm sein Parlament und sein Wohlwollen der Unternehmer sichern kann. Nun, wir haben gesagt, Hüstes will die Mittel anwenden, wie sie in der Tat von den Anarchisten seit vielen Jahren angewiesen wurden. Kein Parlamentieren, sondern nur die Selbsthilfe! Keine Unterstützungseinrichtungen, sondern nur Kriegsfonds! Wir sind unglücklich genug, uns zu sagen, daß wir die Waffe des Parlamentarismus nicht verachten und wenn wir dafür sorgen, daß wir die Arbeiter nicht für rechtliche Weisheiten einfangen, wie es Hüstes und seine Freunde tun, dann kann auch von den Parlamenten manches erwartet werden, was wir heute noch nicht besitzen. Leider stützen Hüstes und Genossen die bürgerlichen reaktionären Mehrheiten, christliche Gewerkschaftsführer innerhalb des Gewerkschafts gehen hin und treten für Grubenbesitzerinteressen ein und dann klammern sie, daß sie „Steine statt Brot“ erhalten! So logisch handeln christliche Gewerkschaftsführer unter Mitwirkung Hüstes. Über Hüstes sollte auch wissen, daß die Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften bisher nicht die Aktionsfähigkeit der Arbeiter unterbunden haben. Die Unterstützungseinrichtungen waren so ziemlich das letzte Mittel, um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln und sie in Zeiten der Not nicht wegzulassen zu machen. So stärkten sich die Verbände und so kamen sie allmählich in die Lage, Kämpfe zu führen, die zu den Tarifverträgen führten! Und keinen anderen Weg können auch die Bergarbeiter gehen. Freilich sehen wir gern, wenn durch höhere Beiträge die Stofkraft der Bergarbeiterverbände sich erhöhte, aber wir beschränken, daß der Vorschlag Hüstes die Verbände recht auf den Fund bringen würde. Das würde ihm jeder einsichtige Gewerkschaftler bestreiten. Wenn aber Hüstes die Stofkraft der Verbände erhöhen will, dann mag er dafür eintreten, daß der Einigkeit aller Bergarbeiter gründlichst Vorschub geleistet wird, daß die Zersplitterung der Bergarbeiter in christliche und sonstige Verbände aufhört, dann sind wir ein gut Stück vorwärts gekommen, ohne die Arbeiter, die er den Bergarbeitern vorschlägt. Und er mag mit uns gehen und alle die übrigen sich christlich nennenden Arbeiter und Führer, damit den bürgerlichen Parteien die Vöcher zu den Parlamenten verstopft werden. Hüstes wird sehen, daß auf diesem Wege wir eher zum Ziele gelangen, als durch das „Bergarbeiter-Zeitung“ wie er es in den hundertsten Versammlungen getan hat und es jetzt in der „Bergarbeiter-Zeitung“ wiederholt!

Verschmelzung polnischer Berufsvereinigungen.

Die Verschmelzung der polnischen Berufsvereinigungen (Sig Bochum) mit dem polnischen Verband (Sig Posen) ist perfekt geworden. Die neue Organisation erhielt den Namen Polnische Berufsvereinigungen (Sig Bochum). Auch mit dem Deutscher Verband zur gegenseitigen Hilfe sind Verhandlungen im Gange. Jedenfalls werden wir es in nächster Zeit mit einer geschlossenen Organisation der nationalpolnischen Arbeiter zu tun bekommen. Die Polnische Berufsvereinigungen (Sig Bochum) gibt es um 50 000 Mitglieder zu haben, der Polener Verband hat 5000 und der Deutscher Verband 10 000 Mitglieder. Selbstverständlich bestehen diese genannten Organisationen aus einem Teil aus Nichtbergleuten. In polnischen Ländern wird ein Aufbruch an die polnischen Arbeiter gerichtet, aus den deutschen Gewerkschaften auszutreten. Die Sig Bochum wird nun ja dabei nicht haben, da die künftige polnische Berufsvereinigungen trotz der Verschmelzung nur eine beschränkte Bedeutung haben wird. Wir haben schon vor kurzem mitteilen können, daß der Deutscher Verband, in dem die Nationalpolen Korfanty, Napieralski, Krolak und Genossen eine Rolle spielen, eine Massenwirkung führt, die alles andere, nur keine gewerkschaftliche ist. Auf der letzten Generalversammlung kam es deshalb zu heftigen Debatten. So wurden in diesem Verband in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 31. Dezember 1907, also in einundzwanzig Jahren 30 076,06 Mk. eingenommen, an direkten Gehältern für sechs Beamte und zwei Hilfskräfte allein 20 202,40 Mk. ausgegeben, also mehr als die Hälfte der Gesamteinnahme. Die Mitglieder erhielten insgesamt 104,66 Mk. für Gerichts- und Anwaltskosten, an ärztlichen Mitteln für Mitglieder gab der Verband 27,35 Mk. an und für Streckunterstützung 142 Mk. Alles übrige ging drauf für Verwaltung, Reisen, Speise, Mieten, Sitzungen usw. In einem anderen Verbands wäre eine solche Wirtschaft nicht möglich, ohne daß die Führer Hals über Kopf aus dem Verbands flüchten. 30 076,06 Mk. brachten die armen ober-schlesischen Bergarbeiter auf, 278,01 Mk. erhielten sie zurück an Unterstützung. So etwas muß man lesen, um daran glauben zu können. Selbstverständlich ist die Zahl der Mitglieder gesunken, wie auch die Polnische Berufsvereinigungen (Sig Bochum) hoch geschätzt, nicht einmal die Hälfte der angegebenen Mitgliederzahl hat. Wie da die polnischen Arbeiter in der polnischen Berufsvereinigungen eine bessere Vertretung ihrer Interessen finden sollen, als in den freien Gewerkschaften, die mehr als 1 800 000 Mitglieder zählen, das wird wohl für immer das Geheimnis der polnischen Führer bleiben.

Wattensteid. Die freien Gewerkschaften hatten sich hier vor 2 Jahren mit großer Mühe das Breuerische Lokal als ihr Gewerkschaftshaus gesichert. Der Besitzer wurde vor kurzem geschäftsmüde und verpachtete das Lokal an Herrn Bernhard Dyer, den früheren Konsumverwalter des christlichen Gewerkschafts, und sollte die Wirtschaft, wie auch gesehen, den 15. September übernehmen. Der Neugewählte glaubte aber — wir wissen nicht mit welchem Recht — viel eher Herr in der Wirtschaft zu sein, denn schon am 8. September hatte er alle Paktatshälter der freien Gewerkschaften von den Wänden gerissen. Zu seinem Säurek der Bibliotheksdiebstahl in der Wirtschaft und er äußerte sich zu einem Gast, daß auch dieser Schrank heraus muß; in der Wunde muß es anders werden! Glücklicherweise sind wir in Wattensteid nicht so arm an Vokalen und die freien Gewerkschaften sind alle ausgezogen. Die Zahlstellen des Bergarbeiter-Verbandes halten ihre Versammlungen bei der Frau Wm. Reder, Wödestraße ab, worauf wir die Kameraden besonders aufmerksam machen. Die Bibliothek befindet sich im Lokale des Herrn Braunkämper (früher Wille). Bücherausgabe jeden Sonntag vormittag von 10 bis 11 Uhr. Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes werden den Wirtschaftspächter Dyer nicht belästigen.

Königreich Sachsen.

Borna bei Leipzig. Kameraden! In letzter Zeit sind überall in Schlesien und Böhmen Agenten tätig, die Bergarbeiter nach dem hiesigen Revier zu locken suchen. Da es jetzt in der Krise genug Arbeitslose gibt, so fällt es diesen Herren nicht schwer, ein paar hundert Mann zusammenzubringen. Kameraden! Es liegt nun an euch, daß ihr die eingeschleppten Leute über den Nutzen unseres Verbandes aufklärt, damit wir auf alle Fälle gerüstet sind, wenn es den Herren Grubenbaronen gefallen sollte, uns mit Lohnabzügen oder Schichtverlängerung zu beglücken. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, mit tätig zu sein und nicht immer der Ortsverwaltung es zu überlassen, neue Mitglieder zu werben. Es werden viele Beschwerden darüber geführt, daß die Kameraden mit Unorganisierten arbeiten, ohne sie auf unseren Verband aufmerksam zu machen, obwohl die Leute nicht abgeneigt sind, in den Verband einzutreten. Kameraden, so etwas darf auf keinen Fall vorkommen. In letzter Zeit ist überhaupt etwas Sammeligkeit bei den Kameraden eingerissen, was die Mitglieder-Versammlungen beweisen, das ist für eine Zahlstelle von über 170 Mitgliedern beschämend. Sind denn überhaupt die Zeiten so glänzend für den Bergarbeiter, daß er es nicht nötig hat, Versammlungen zu besuchen, um über Mißstände auf den Werken Klage zu führen? Es gibt viele Mißstände auf den Gruben, und wenn wir sie nicht an die Öffentlichkeit bringen und kritisieren, so fällt es den Herren nicht ein, sie abzuschaffen. Kameraden, es muß auch noch gerügt werden, daß unsere Lokale so schlecht besetzt werden und daß viele Kameraden Wirtze besuchen, die wohl das Geld der Bergarbeiter einstecken, sonst aber für die Lage der Bergleute nichts übrig haben, nicht einmal unsere Zeitung können sie abonnieren; darum heraus aus derartigen Lokalen! Wir haben zwei Lokale, welche für uns vollständig genügen. Unsere Monatsversammlungen finden jeden Sonntag nach dem Ersten statt, und zwar einmal bei Köppler, das andere mal in der „Wilhelmshöhe“. Die Zeit ist stets 3 Uhr nachmittags. Kameraden, am 27. September findet unser Zahlstellenfest statt, für Vergünstigungen für Jung und Alt ist beizusorge. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, an dem Feste teilzunehmen. Gäste können eingeführt werden. Karten besorgen die Kassierer. Die Bibliothek ist geöffnet von 9 bis 12 Uhr Sonntags; wir haben wieder sehr gute Bücher angeschafft.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Der Kampf um die Versammlungsfreiheit in Oberschlesien.

Wohl nirgends in Deutschland in der Montanindustrie gibt es so niedrige Löhne, so lange Arbeitszeiten und so hohe Unternehmergewinne

wie in Oberschlesien. Darunter leidet in sehr hohem Maße die ganze erwachsene Bevölkerung des zweitgrößten deutschen Industriebezirks. Wie groß dieses Mißverhältnis zwischen Arbeitswert und Arbeitslohn ist, beweist uns am besten die Statistik des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereines, nach welcher im Jahre 1907 für 745 402 928 Mt. Montanindustrieerzeugnisse von 172 000 Arbeitern erzeugt worden sind. An Arbeiterlöhnen wurden in derselben Zeit 177 653 701 Mt. ausgezahlt. Der Anteil der Arbeiterlöhne am Gesamtmarkt der Produktion wird von Jahr zu Jahr kleiner; während er im Jahre 1904 noch 25,8 Proz. betrug, waren es im Jahre 1907 nur noch 23,8 Proz. Seit Januar dieses Jahres gehen die Löhne ziemlich rasch herunter. Gegen diese fortgesetzte steigende Ausbeutung gibt es nur ein Mittel, die Organisation der Arbeiter in den freien Gewerkschaften. Leider haben das in Oberschlesien die Arbeiter bisher nicht begriffen. Das gedruckte Wort verfehlt zum größten Teil seine Wirkung, weil die holländische Germanisationschule die polnischen Arbeiter geistig nicht entwickelt, sondern verkrüppelt. Nicht minder ist das von der großpolnischen nationalen Bewegung zu sagen. Die Unterernährung bei zu schwerer Arbeit und der hieraus resultierende Mangel an geistiger die hiesige Arbeiterschaft in geistiger wie körperlicher Beziehung gleichfalls immer mehr und mehr. Die Lebensdauer der Arbeiterschaft geht rapide zurück. Die Kranken-, Unfall- und Sterblichkeitsstatistik liefert ganz drastische Beweise für diese Behauptung. Deshalb ist hier die wirksamste Agitation für die Gewerkschaften das gedruckte Wort in der Versammlung.

Nun haben wir ja seit dem 10. April d. J. ein „liberales“ Versammlungsrecht, welches den polnischen Arbeitern den Maulkorb umgehängt hat und es zeigt sich hierbei, daß die polnischen Arbeiter in Oberschlesien von den Kapitalisten nicht nur ausgebeutet, sondern auch regiert werden. Die meisten Untervorsteher sind gewesene oder aktive Beamte der Gruben- und Hüttenbesitzer, aber auch die, welche es nicht sind, sind von Ihnen meist abhängig. Es ist leicht begreiflich, daß diese Polizeigewalt alle Mittel anstiftet und anwendet, um die ihnen verhassten Versammlungen der Arbeiter zu verhindern. Die Mittelchen, mit denen die Gastwirte traktiert werden, wenn sie ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen hergeben, sind allgemein bekannt und deshalb steht den freigeschafften Arbeitern in ganz Oberschlesien auch nicht ein einziger Saal zur Verfügung. Zu Versammlungen unter freiem Himmel können wir durch den wachsenden Einfluß der Arbeiterbewegung schon hin und wieder einen Platz bekommen; aber da kommt der § 7 des neuen Vereinsgesetzes, die die polnische Genehmigung für solche Versammlungen voraussetzt und so kommt es, daß mit den Polizeigewalt wegen der Genehmigung ein Kampf geführt werden muß, der oft wochen- und monatelang dauert und schließlich doch nicht zum Ziele führt, weil die Polizei alles mögliche in Bewegung setzt, um die Versammlung überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Obwohl man uns noch nicht in einem einzigen Falle nachweisen kann, daß durch unsere Versammlungen die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört worden wäre; so muß doch in den meisten Fällen dieses Argument und andere herhalten, unsere Versammlungen unmöglich zu machen. Folgende wertvolle Vorschriften mögen einen solchen Kampf um die Versammlungsfreiheit in unserem dunklen Osten unterstützen, sie können auch unseren Abgeordneten im Parlament als Unterlage dienen, wenn sie wieder einmal dort gegen Kautschukparagrafen einen Kampf zu führen haben werden und auch, wenn Minister uns pathetische Versicherungen geben werden, daß die Bestimmungen des Versammlungsgesetzes nicht zu Ungunsten der Arbeiter ausgelegt werden:

Der Untervorsteher. „Chorzow, den 27. Juni 1908.
J. N. 3256“

Die Genehmigung zur Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel am 5. Oktober wird versagt, weil in hiesiger Gemeinde Typhus herrscht.

(Unterschrift unleserlich).

„Königshütte, Kaiserstraße Nr. 28 den 21. 7. 08.“

Am 25. Juni habe ich in der Gemeinde Chorzow auf dem Hofe der Hausbesitzerin Wm. Franziska Thiel eine Versammlung unter freiem Himmel angemeldet und eruchte um die gesetzlich vorgeschriebene polizeiliche Genehmigung. Diese ist mir durch das Schreiben vom 27. 6. 08. J. Nr. 3256 verweigert worden, weil in der Gemeinde Typhus herrschen sollte. Nach meinen angefertigten Ermittlungen ist in der Tat früher eine Typhuserkrankung vorgekommen, welche durch Todesfall erledigt war. Die weiteren Personen, welche wegen Typhusverdacht isoliert waren, sind zur Zeit der Versammlung nicht mehr im Lazarett gewesen.

Trotzdem gebe ich zu, daß die Behörden berechtigt sind, bei gefährlichen epidemischen Krankheiten alle nur möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, damit die Gefahr für die Gemeinde abgewendet werde. Wir unterstützen sogar in solchen Fällen die Gemeinden, wenn sich die Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten gegen alle Bürger im gleichen Maße richten, wie das in der Natur der Sache liegt. Nach dem Verbot der Versammlung zu schließen, war also zur Befähigung bezw. Verhütung der Epidemie notwendig geworden, jede Menschenansammlung, also auch in freier Luft unter freiem Himmel, zu verhindern. Wenn das aber der Fall war, dann sind uns folgende Vorkommnisse, die unter den Augen der dortigen Polizei stattgefunden haben, ganz unverständlich.

1. Wenn in der Gemeinde Typhus geherrscht hat und jede Menschenansammlung verboten war, wie ist es möglich geworden, daß der dortige Arbeiterverein am 14. Juni eine Vergnügens (Menschenansammlung) abhalten durfte? Warum ist dieses nicht verhindert worden? Besonders deshalb weil zu dieser Zeit eine noch größere Gefahr bestand? Wer hat die Genehmigung hierzu erteilt?
2. Wenn Typhus geherrscht hat und jede Menschenansammlung verboten war, wie ist es möglich geworden, daß am 5. Juli der Chorzower Arbeiterverein im Gasthause des Herrn Kaluga eine Versammlung abhalten durfte? Warum ist diese Versammlung nicht polizeilich verhindert worden?
3. Wenn in der Gemeinde Typhus geherrscht hat und jede Menschenansammlung verboten war, wie ist es denn möglich geworden, daß die freiwillige Feuerwehr an demselben Sonntage einen Ausflug (also ebenfalls eine Menschenansammlung unter freiem Himmel) veranstalten durfte? Warum hat dieses die Polizei nicht verhindert?
4. Wenn in der Gemeinde Typhus geherrscht hat und jede Menschenansammlung verboten war, wie ist es dann möglich geworden, daß an demselben Tage, wo die Versammlung stattfanden sollte und nicht durfte, eine vielhundertköpfige Prozession (große Menschenansammlung unter freiem Himmel) nach Deutsch-Bickar wallfahrten durfte? Warum hat die dortige Polizeiverwaltung dieses nicht verhindert, wenn Gefahr der Typhusübertragung bestand?

Ich bitte Sie im Auftrage Chorzower Gemeindeglieder um Aufklärung über vorstehende Fragen; da durch diese Verhältnisse eine Befähigung gleicher Interessen der Gemeindeglieder der Ansicht erweckt worden ist, daß ein wichtiges Staatsbürgerrecht, welches allen Staatsbürgern von den obersten Reichsbehörden gegeben ist, ein e n e m genommen werden soll.

Ich teile Ihnen noch mit, daß meine Chorzower Auftraggeber beschlossen haben — falls Ihre Antwort sie nicht befriedigen sollte — sich dieserhalb an den Herrn Reichskanzler sowohl, als auch an befreundete Reichstagsabgeordnete zu wenden, damit diese Angelegenheit vor der obersten Instanz geprüft und erledigt wird, ohne erst die Zwischeninstanzen damit zu beschäftigen.

Einer Antwort recht bald entgegengehend, zeichne
J. N.: Josef Adamet, Arbeitersekretär.

„Der Untervorsteher. Chorzow, den 25. August 1908.
J. Nr. 4561.“

Das Ergebnis Ihrer nach vorgetanem Schreiben angestellten Ermittlungen entspricht nicht den Tatsachen. Die frühere Typhuserkrankung betraf eine Frau, bei welcher am 16. Juni d. J. Typhus festgestellt worden war, und welche am 22. Juni gestorben ist. Außerdem waren der Ehefrau der Verstorbenen und ihre Tochter an derselben Krankheit erkrankt und im Gemeindefrankenhaus untergebracht, aus welchem sie erst Ende Juli als geheilt entlassen worden sind. Diese Personen waren also nicht wegen Typhusverdacht isoliert, sondern waren wirklich an Typhus erkrankt und befanden sich am Tage der beschlagnahmten Versammlung im Frankenhause. Auf ihre Ausführungen bezüglich verschiedener Versammlungen in Chorzow erwidere ich folgendes:

Zur Zeit der Abhaltung des Sommerfestes des Arbeitervereins war eine Ausbreitung der Typhuskrankheit noch nicht zu befürchten, da erst ein Fall und zwar einen Tag nach diesem Feste zur Anzeige gelangt war.

Die Veranstaltungen des Turnvereins und der Feuerwehr waren keine großen Menschenansammlungen. Der Turnverein hat eine Monatsversammlung abgehalten, welche von nur 15 Personen besucht war und die Feuerwehr hat sich an dem Feste einer Nachbarfeuerwehr auch nur mit 15 Personen beteiligt.

Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt. Das Statutenbuch der Feuerwehr war mit 15 Personen besetzt. Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt.

Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt. Das Statutenbuch der Feuerwehr war mit 15 Personen besetzt. Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt.

Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt. Das Statutenbuch der Feuerwehr war mit 15 Personen besetzt. Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt.

Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt. Das Statutenbuch der Feuerwehr war mit 15 Personen besetzt. Die Vereinstatuten der Feuerwehr sind mit 15 Personen besetzt.

gegen. So berechtigt die Forderung auch ist, so müssen wir doch die gegenwärtige Krise im Auge behalten, die die Lohnbewegung nicht glänzend beeinflussen, das den Schleppeuren planlos zu machen, was gewiss keine leichte Aufgabe, umso mehr, als wir keine Lokale hatten.

Nach Ruhrort. In, Präsident ist dem Syndikat angeschlossen. — Nach Wassen. Müß verlegt sein. — Bräunenberg IV. — Wegen dem Neubert einen Artikel zu schreiben, ist wohl nicht nötig.

Briefkasten.

Nach Ruhrort. In, Präsident ist dem Syndikat angeschlossen. — Nach Wassen. Müß verlegt sein. — Bräunenberg IV. — Wegen dem Neubert einen Artikel zu schreiben, ist wohl nicht nötig.

Verbandsnachrichten.

An unsere Ortsverwaltungen! Es kommt jetzt wieder die Zeit, wo die Reservisten vom Militär entlassen werden und zur Berufsarbeit zurückkehren.

Diejenigen Mitglieder, welche zum Militär einberufen werden, ersuchen wir, ihre Beiträge bis zum Zeitpunkt ihres Eintritts zu bezahlen und sich beim Vertrauensmann abzumelden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 305 282, Ignaz Kurz, eingetretten am 21. Mai 1905, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Die Mitgliedsbücher für nachstehende Mitglieder sind verloren gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt. Giltig sind nunmehr nur die auf dieselben Nummern ausgetauschten Duplikate.

Das Mitgliedsbuch Nr. 253 500, Ernst Muschke in Jechan, ist gestohlen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Das Mitgliedsbuch Nr. 154 701 Heinrich Dietrich-Krengelband ist gefunden und kann beim unterzeichneten Vorstände wieder in Empfang genommen werden.

An die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen. Laut Beschluß des Vorstandes werden vom 1. September ab für neuereitretende Kameraden keine Mitgliedsbücher, sondern Karten ausgestellt.

In Nr. 36 unserer Zeitung haben wir geschrieben, daß wegen der Abwesenheit des Kameraden Hermann die Rechtschichttage in Herten und Lütgendortmund ausfallen mußten.

Achtung! Bergarbeiter. Achtung! Die Verwaltung der Grube Friedrich bei Treis-Gorloff hat eine Anzahl organisierte Kameraden wegen ihrer Organisationsunfähigkeit entlassen.

Achtung! Bezirk Hannover. Die über das Kalmerfeld-Ganfa-Silberberg in Ennepde bei Hannover verhängte Sperre hat den Erfolg gehabt, daß die Verwaltung von den beabsichtigten Kündigungen am 1. September, Abstand genommen hat.

Achtung! Bezirk Hannover. Die über das Kalmerfeld-Ganfa-Silberberg in Ennepde bei Hannover verhängte Sperre hat den Erfolg gehabt, daß die Verwaltung von den beabsichtigten Kündigungen am 1. September, Abstand genommen hat.

Achtung! Bezirk Hannover. Die über das Kalmerfeld-Ganfa-Silberberg in Ennepde bei Hannover verhängte Sperre hat den Erfolg gehabt, daß die Verwaltung von den beabsichtigten Kündigungen am 1. September, Abstand genommen hat.

Achtung! Bezirk Hannover. Die über das Kalmerfeld-Ganfa-Silberberg in Ennepde bei Hannover verhängte Sperre hat den Erfolg gehabt, daß die Verwaltung von den beabsichtigten Kündigungen am 1. September, Abstand genommen hat.

Rechtshilfe.

Achtung! Oberkirchen und Ungegend. Auf Antrag der Zahlstelle Oberkirchen hat der Vorstand im Einverständnis mit der Bezirksleitung beschlossen, allmonatlich für die Zahlstellen Oberkirchen und Ungegend nach einer Rechtschicht einzulegen.

Achtung! Deisterbezirk und Schaumburg-Lippe. Den Zahlstellen Linden, Erbsdorf, Rammberg, Gledde, sowie den Kameraden im Deister und des Bezirkes Schaumburg-Lippe zur Kenntnis, daß die Sprechstunden im Bezirksbureau in Hannover, Sankt-Elisabeth-Str. 8 III, täglich (außer Sonntags) von 8 bis 10 Uhr vormittags besetzt sind.

Aufforderung. Diejenigen Bergarbeiter, welche am 17. September, vormittags, am Schiedsgericht des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Dortmund, Mendestraße 32, unterzucht worden sind, werden gebeten, ihre Adresse an das Arbeitersekretariat in Wodum, Wemmelstraße 40, zu senden.

Bezirk Harze (Oberhesseln). Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich nur jede Woche Mittwochs von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags, die schriftlichen Verhandlungsangelegenheiten erledigen werden und nur an diesem Tage anzureifen bin.

Krankenunterstützung. Gessentrich III. Die Auszahlung der Krankenunterstützung findet jeden ersten und dritten Sonntag im Monat nachmittags von 1 bis 3 Uhr in der Wohnung des Vertrauensmannes Heinrich Schnepfel, Walsbühlstraße Nr. 18, statt.

Wiescherhöfen. Die Krankenunterstützung wird jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat in der Wohnung des Kameraden Gibon, südlich der alten Schule Nr. 143a ausgezahlt.

Ober-Castrop. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt ab das Krankengeld bei unserem neugewählten Kassierer Wilhelm Krud, Gohlthausen, Wochenerstraße 105, jeden Sonntag vormittags von 9 bis 12 Uhr ausgezahlt wird.

Ossen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Verbandskasse, Auszahlung von Krankengeld, Ausgabe der Bibliotheksbücher etc. nicht mehr in der Medtshilfsstraße, sondern jeden Mittwoch, morgens von 10-12 Uhr und nachmittags von 4-6 Uhr, im Lokale des Wirtes Herrn Remelstetter, Ecke Hülster- und Bruchstraße, erledigt werden.

Kangenbochum. Die Krankenunterstützung wird wieder in der Wohnung des ersten Vertrauensmannes Friedrich Rath, ausgezahlt.

Zahlstellen I. Krankengeld wird beim Vertrauensmann H. Kramppe, Bezirk 8 Nr. 12, ausgezahlt.

Herrnburg. Die Krankenunterstützung wird jeden Sonntag von 8 bis 2 Uhr in der Wohnung des Kassierers Karl Frank, Hallestraße 98 links eine Treppe, ausgezahlt.

Kirchhede. Das Krankengeld wird jeden ersten Sonntag im Monat morgens 10 Uhr unter Vorzeigung des Krankenheimes und Mitgliedsbuches in der Wohnung des Vertrauensmannes ausgezahlt.

Wählerrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- Brack. Im Monat September.
Zell. Vom 6. bis 28. September.
Kamen I. Im Monat September.
Reudersloh. Vom 15. September bis 10. Oktober.
Stollberg. Vom 15. bis 30. September.
Höfsten I. Vom 13. bis 30. September.
Holzwickede. Vom 13. September bis 4. Oktober.
Berghofen. Vom 15. bis 30. September.
Sinseln. Vom 15. bis 30. September.
Ober-Castrop. Im Monat September.
Altenburg. Am Sonntag, den 27. September.
Erl. Vom 15. September bis 1. Oktober.
Dorfstedt. Vom 25. September bis 1. Oktober.
Gardede. Vom 1. bis 15. Oktober.
Holteln. Vom 27. September bis 10. Oktober.
Effel I. Am 27. September.
Effen-West-Altendorf. Vom 1. bis 15. Oktober.
Gombruch. Vom 25. September bis 3. Oktober.

Bibliotheken.

Gombruch. Da eine Inventuranahme der Bibliothek erforderlich ist, ersuchen wir die Kameraden, die noch Bücher im Besitze haben, diese an den Kameraden G. Eppmann, Arminstraße 7, abzugeben, auch werden von jetzt an die Bücher dort umgetauscht.

Gardede-Nahm. Nachdem eine Teilung der Zahlstelle vorgenommen, soll die Bibliothek nach wie vor gemeinschaftlich von beiden Zahlstellen in Anspruch genommen werden.

Sodafarmarkt. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bücher unserer Bibliothek jeden Sonntag, vormittags von 11 bis 1 Uhr, beim Kameraden Mag Wiede, Reddinghauserstr. 180, in Empfang genommen werden können.

Wohnungsveränderungen.

Bülse. Ich mache die Kameraden unserer Zahlstelle darauf aufmerksam, daß die Witwe Jäger mit die Wohnung wegen meiner Verbands-tätigkeit gefündigt hat und wohne ab 1. Oktober in Bülse, Zwerckstraße 28.

Eckeln. Die Wohnung des ersten Vertrauensmannes befindet sich ab 1. Oktober Wiesenstraße Nr. 1.

Gohndorf. Der bisherige Vertrauensmann Meyer ist seines Postens enthoben. Die Bücher der Zahlstelle werden vorläufig durch den Kameraden Josef Brienwig, Kiddingen, erledigt.

Wattenfeld I. Der Vertrauensmann H. Raufschberg wohnt vom 1. Oktober ab, Sillerstraße Nr. 35, dritter Stock.

Weitmar I. Der Vertrauensmann Gustav Jordan verlegt am 1. Oktober seine Wohnung von Gartenstraße 43 nach Gartenstraße 34. Desgleichen verlegt der Kassierer Karl Humberg seine Wohnung von Marktstraße 99 nach Theodorstraße 29.

Kranzpendenmarken.

Obermargloh. Für Monat Oktober muß eine Kranzpendenmarke geleistet werden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zum Schlepperstreik auf Zeche Graf Bismarck.

Am 8. September traten 77 Schlepper der Mittagschicht auf Zeche Graf Bismarck, Schacht II, wegen Lohnunterschieden in den Ausstand. Am 9. September führten die Schlepper von der Morgenschicht auf demselben Schacht gleichfalls nicht ein, jedoch die Gesamtzahl der Streikenden auf diesem Schacht am genannten Tage sich ungefähr auf 170 Mann belief.

Am 10. September verweigerten dann die Schlepper von Schacht III in einer Stärke von 110 Mann die Anfuhr. Auch 26 jugendliche, unter 16 Jahre alte Arbeiter verweigerten die Arbeit. Endlich folgten dann weiter die Schlepper der Mittagschicht von Schacht I am 10. September. Auch auf diesem Schacht legte ein Teil der jugendlichen Arbeiter die Arbeit nieder und am 11. September die Schlepper von der Morgenschicht. Die Höchstzahl der Streikenden wird ungefähr 500 gewesen sein.

Der Vorstand.

